



# Wortprotokoll

der 2. Sitzung vom 29. Jänner 1974

# Resoconto integrale

della seduta n. 2 del 29 gennaio 1974

VII. Legislatur  
VII Legislatura  
1973 - 1978



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA **2.** SITZUNG

29.1.1974

INDICE

Elezione del Presidente della Giunta provinciale . . . . .	pag. 4
Giuramento del consigliere provinciale Rag. Valentino Pasqualin . . . . .	pag. 21
Ricorso alla Corte Costituzionale, leggi 25 maggio 1970, n. 381 e n. 382, e 30 marzo 1971, n. 118 — Rinuncia . . . . .	pag. 22
Impugnazione avanti la Corte Costituzionale della legge 18 dicembre 1973, n. 880, concernente "Localizzazione degli impianti per la produzione di energia elettrica," . . . . .	pag. 23

INHALTSANGABE

Wahl des Präsidenten des Landesausschusses . . . . .	Seite 4
Vereidigung des Landtagsabgeordneten Rag. Valentino Pasqualin . . . . .	Seite 21
Rekurs an den Verfassungsgerichtshof gegen die Gesetze vom 25. Mai 1970, Nr. 381 und 382, und vom 30. März 1971, Nr. 118 — Verzicht . . . . .	Seite 22
Anfechtung vor dem Verfassungsgerichtshof des Gesetzes vom 18. Dezember 1973, Nr. 880, betreffend „Lokalisierung der Elektro-Erzeugungsanlagen“ . . . . .	Seite 23

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**DR. KARL VAJA**

ORE 9.30 UHR

*(Appello nominale — Namensaufruf)*

PRÄSIDENT: Ich erkläre die Sitzung als eröffnet und ersuche den Sekretär um die Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 14. Dezember 1973.

FRANZELIN (Sekretär — S.V.P.): *(Verliest das Sitzungsprotokoll — legge il processo verbale)*

PRÄSIDENT: Meldet sich jemand zu Wort zum Protokoll? Qualcuno ha da fare delle osservazioni al verbale? Nessuno. Niemand. Das Protokoll gilt als genehmigt.

Ich habe nun einige Mitteilungen zu machen. Ich möchte die Herren Landtagsabgeordneten daran erinnern, daß die Landtagstätigkeit die erste und wichtigste Pflicht der Landtagsabgeordneten darstellt, und daher alle anderen Tätigkeiten sich dieser Tätigkeit unterzuordnen haben. Ich glaube, daß auch die Landtagssitzung vorrangig gegenüber der Landesregierung steht. Und diesbezüglich ersuche ich um die Mitarbeit aller Landtagsabgeordneten.

Auch möchte ich die Herren Landtagsabgeordneten ersuchen — nachdem es einem würdigen und ordentlichen Sitzungsverlauf abträglich ist —, die Vereinbarungen und Besprechungen mit Bürgermeister, Wählern und Interessierten möglichst nicht für den Tag, an welchem die Landtagssitzungen stattfinden, festzulegen. Ich ersuche auch die Herren Bürgermeister und andere interessierte Südtiroler, Wähler und Bevölkerungsschichten, die sich mit Abgeordneten oder Assessoren treffen wollen, dafür Verständnis zu haben und ihre Besprechungen möglichst auf einen anderen Tag und nicht auf den Tag, an welchem Landtagssitzungen stattfinden, festzulegen, ansonsten ist ein geordneter Verlauf der Sitzungen nicht gegeben.

Ich möchte auch festlegen, daß das Rauchen im Sitzungssaal ab nun verboten ist und das Tragen der Kravatte für die Landtagsabgeordneten zur Pflicht gemacht wird. Im übrigen möchte ich empfehlen,

sich bei den Sitzungen nicht durch Telefonanrufe und sonstiges Hinausholenlassen stören zu lassen.

Auch möchte ich die Herren darum ersuchen, und ich bitte um Verständnis dafür, bei der Behandlung der Anfragen und Interpellationen anwesend zu sein, damit man nicht den Anfrager als verlassenen Landtagsabgeordneten hier sitzen sieht; auch die übrigen Landtagsabgeordneten sollten sich der Behandlung der Anfragen mit Interesse zuwenden.

Ebenso möchte ich darum ersuchen, das Zeitungslesen möglichst außerhalb des Landtages und nicht während den Sitzungen vorzunehmen.

Ich glaube, diese Feststellungen machen zu müssen, weil ich den Eindruck habe, daß gewisse Dinge verbesserungsbedürftig sind. Ich glaube, im Interesse der Landtagsabgeordneten ghandelt zu haben, wenn ich diese Richtlinien gegeben habe. Ich werde mich bemühen und für eine ordentliche und strikte Anwendung der Geschäftsordnung sorgen, wobei ich feststelle, daß es der Präsident ist, der die Geschäftsordnung handhabt und für deren Auslegung verantwortlich ist.

Eine weitere Mitteilung. Die Fraktion der Südtiroler Volkspartei hat dem Präsidium mitgeteilt, daß der Abgeordnete Dr. Hugo Gamper zum Sprecher ihrer Fraktion gewählt wurde. Ich ersuche auch die übrigen Fraktionen, möglichst bald ihre Sprecher ernennen und deren Namen dem Präsidenten mitteilen zu wollen.

Als weitere Mitteilung gelten Beschlüsse des Landesausschusses, die dem Landtag zur Kenntnis gebracht werden sollen, und zwar:

— geringfügige Abänderung des Bebauungsplanes der Gemeinde Naturns, — alle Abgeordneten wurden mit diesem Beschluß bekanntgemacht;

— Gemeinde Schluderns: der Bebauungsplan dieser Gemeinde soll eine Änderung erfahren, um eine neue Trasse der Staatsstraße Nr. 38, zwischen den Ortschaften Spondinig und Laas, gemäß dem von der ANAS ausgearbeiteten Projekt eintragen zu können;

— Gemeinde Schnals: Abänderung des Bebauungsplanes: Abänderung der bestehenden Skipiste für den Skilift Lavez—Unsere Frau in Schnals, und Abänderung der Trassenführung dieses Skiliftes;

— Gemeinde Stilfs: Abänderung des Bebauungs-

planes: Verlegung der Wohnbauzone „D“ in Sulden;

— Gemeinde Naturns: Abänderung des Bebauungsplanes: Ausweisung einer neuen Zone für öffentliche Einrichtungen;

— Gemeinde Eppan: Abänderung des Bebauungsplanes: Erweiterung der Handelszone längs des Sillweges; Umwidmung des öffentlichen Grüns längs der Bahnhofstraße in einen Bannstreifen;

— Gemeinde Schluderns: Abänderung des Bebauungsplanes: Umwidmung einer im Norden gelegenen Ortschaft in landwirtschaftliches Grün mit gleichzeitiger Ausweisung von neuen Wohnbauzonen, wobei für zwei Flächen die Erstellung von Durchführungsplänen vorgeschrieben wird; Ausweisung eines neuen Friedhofes; Umwidmung einer Fläche öffentlichen Grüns; Neuausweisung von zwei öffentlichen Grünflächen; Erweiterung einer Zone für öffentliche Einrichtungen; Neuausweisung einer Sportzone; Reduzierung des östlichen Bannstreifens längs der Staatsstraße im Bereiche der Wohnbauzonen; Neubegrenzung der Volkswohnbauzonen im Süden der Ortschaft; Eintragung eines Schutzstreifens beim Saldur-Bach.

Hat jemand eine Bemerkung zu den Mitteilungen zu machen? L.Abg. Jenny hat das Wort.

JENNY (S.F.P.): Herr Präsident, ich bin sehr einverstanden mit Ihrer Feststellung, wie notwendig es sei, die Sitzungen zu besuchen. Gleichzeitig möchte ich Sie bitten, grundsätzlich eine gewisse Planung für diesen Sitzungskalender einzubringen, wie dies andersorts bereits gehandhabt wird. Wenigstens in jener Legislaturperiode, in welcher ich dem Landtag angehörte, wurden die Sitzungen eigentlich ziemlich willkürlich festgesetzt. Ich glaube, man hat dabei vor allem die Interessen der Exekutive berücksichtigt. Ich möchte nun wünschen, daß Sie grundsätzlich einen Plan erstellen. Ich führe als Beispiel den Kanton Zürich an, wo die Sitzungen grundsätzlich an einem Montag stattfinden, und wo man also von vornherein weiß, wie man sich die Arbeiten einteilen hat. Es ist natürlich klar, daß es Sitzungs-sessions geben wird, Haushaltsdebatten und dergleichen, wo dieser Plan nicht eingehalten werden kann. In diesem Landtag sind ja nicht lediglich Funktionäre vertreten. Es gibt auch Personen, die einen Beruf ausüben. Und wenn es richtig ist, daß die Landtagstätigkeit vorrangig ist, so muß man einsehen, daß auch die Notwendigkeiten der Einzelnen eine Berücksichtigung finden müssen. In diesem Sinne Bitte ich Sie, daß Sie grundsätzlich einen gewissen Planungskalender einführen, damit man weiß, wie die politische Arbeit eingeteilt wird und wie die Arbeit im Landtag läuft.

PRÄSIDENT: Zu dieser Anregung des L.Abg. Jenny möchte ich nur sagen, daß ich wohl der Meinung bin, daß die Einberufung zu den Landtagssitzungen in die Zuständigkeit des Präsidenten fällt, so daß wir uns nach unseren abgewogenen Überlegungen richten werden; allerdings wird man kaum von vornherein festlegen können, wann im Verlaufe der Wochen und Monate die Sitzungen abgehalten werden können. Ich glaube doch, daß die Abgeordneten, als gewählte Vertreter des Volkes, in erster Linie sich dieser Tätigkeit widmen werden. Es ist jedoch meine Absicht, die Einberufungen relativ vorzeitig vorzunehmen.

Wir können nun zur Behandlung der Tagesordnung schreiten.

Punkt 7 der Tagesordnung vom 14. Dezember 1973: „Wahl des Präsidenten des Landesausschusses“.

Punto 7) dell'ordine del giorno di data 14 dicembre 1973: „Elezione del Presidente della Giunta provinciale.“

GAMPER (S.V.P.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Namen der Südtiroler Volkspartei bitte ich, diesen Punkt vertagen zu wollen. Gleichzeitig erachten wir es als unsere Pflicht, alle Abgeordneten davon in Kenntnis zu setzen, daß bereits seit geraumer Zeit intensive Verhandlungen zwecks Bildung einer Landesregierung laufen, und zwar nicht nur hinsichtlich der parteilichen Zusammensetzung, sondern vor allem auch hinsichtlich der Vereinbarung eines gemeinsamen Programmes. Es ist klar, daß diese Verhandlungen mit Schwierigkeiten verbunden sind, zumal wir uns in der Durchführung der Paket-Maßnahmen bzw. des neuen Autonomiestatutes befinden und nur ein Teil dieser Durchführungsbestimmungen erlassen worden ist, während sich ein anderer Teil erst in Ausarbeitung befindet. Gleichzeitig müssen auch die Bestimmungen des neuen Verfassungsgesetzes berücksichtigt werden. Dies alles erschwert die Verhandlungen und hat eine bestimmte Verzögerung zur Folge.

Wir glauben jedoch, nicht im Verzug zu sein, wenn wir Rückblick halten auf die Bildung der Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode, wo man am 17. 2. zur Wahl der Landesregierung geschritten ist. Wir werden uns bemühen, die Verhandlungen so voranzutreiben, daß wir auch dieses Mal innerhalb des Monats Februar eine handlungsfähige Landesregierung zu bilden imstande sind. Dies ist eine Absichtserklärung. Es wird sicher im Interesse aller sein, dieser Absichtserklärung auch gerecht zu werden. Wir müssen auch dem Faktor Rechnung tragen, daß laut Statut die Wahl des Koalitionspartners nicht frei ist. Sie wissen, daß laut Statut auch die italienische Sprachgruppe das Recht

hat, in der Landesregierung proporzmäßig vertreten zu sein. Es ist im Interesse einer fruchtbaren Zusammenarbeit, demzufolge vor Beginn der Regierungstätigkeit ein Koalitionsabkommen zustandezubringen. Aus all diesen Gründen sehen wir uns leider gezwungen, diesem Punkt der Tagesordnung vertagen zu lassen.

GOUTHIER (Segretario — P.C.I.): In questo periodo in cui i partiti di maggioranza devono provvedere alla costituzione della Giunta, si è verificato un fatto nuovo: il partito di maggioranza, il partito della Südtiroler Volkspartei, ha provveduto ad invitare anche i partiti di minoranza a consultazioni, affinché anche a questi partiti fosse consentito di esprimere la propria opinione sulla situazione politica, economica e sociale e sui provvedimenti da prendere, e quindi sui punti programmatici che la Giunta dovrebbe realizzare. Noi abbiamo accolto favorevolmente questa novità, non l'abbiamo sottovalutata, ma non la sopravvalutiamo. E' un fatto di correttezza parlamentare, che è sempre positivo. Ma — scusate la brutalità dell'espressione — noi non possiamo in alcun modo confondere il fumo con l'arrosto, noi non possiamo in alcun modo confondere cioè il fair play parlamentare con la sostanza delle questioni politiche.

Signor Presidente, signori colleghi, sono passati due mesi e mezzo dalle elezioni ed ancora non solo non si arriva con una proposta concreta, ma si chiede un rinvio, che — ci è stato detto — si protrarrà per un altro mese all'incirca. Noi queste cose non possiamo non denunciarle con estrema forza e non possiamo non dire che si tratta di una situazione intollerabile e pericolosa, la cui responsabilità cade soprattutto sui partiti di maggioranza: la Südtiroler Volkspartei e la Democrazia Cristiana. Senza voler fare dello scandalismo, penso di poter dire con estrema chiarezza che dopo due mesi e mezzo non aver concluso niente è un vero e proprio scandalo. Questo non tanto per un decorso automatico del tempo, quanto perché ci troviamo di fronte ad una situazione estremamente grave, il cui peso ricade su gran parte della popolazione lavoratrice di lingua italiana, di lingua tedesca e di lingua ladina. E' noto a tutti come ci sia un aumento vertiginoso dei prezzi, del carovita, come la crisi energetica abbia colpito settori decisivi per l'economia della nostra provincia, in particolare il settore turistico, alberghiero, industriale. Noi non possiamo accettare questa passività, questa tattica, questa tecnica del rinvio; non è possibile addurre pretesti di natura costituzionale, perché si è dimostrato come la non presenza o la non completezza delle norme di attuazione non ha per nulla impedito al legislativo ed alla Giunta di adem-

piere a tutti quegli obblighi di attività legislativa. Negli scorsi mesi di luglio e di agosto il legislativo ha operato intensamente — lasciamo stare se ha operato bene o male — anche se allora la situazione delle norme di attuazione non era certo migliore di oggi. Questi noi li giudichiamo scuse, pretesti scarsamente fondati.

Mi preme sottolineare, signor Presidente, signori colleghi, un'altra cosa: questa passività dei partiti di maggioranza, passività sostanziale, perché gli incontri anche frequenti che non approdano a nulla sono ugualmente indice di passività. Il non fare non è che lascia le cose come stanno; il non fare oggi significa oggettivamente lasciare indifesi i deboli che sono colpiti dal processo d'inflazione e dal processo di carovita, significa aiutare i forti, i ricchi, che non trovano resistenze alla speculazione, soprattutto oggi che è scatenata, non trovano resistenze scaturite da una attività politica adeguata per creare maggiore eguaglianza e maggiore giustizia sociale nella nostra provincia. Se la situazione non fosse così grave, noi potremmo assistere a questo, che può sembrare un balletto tra i partiti della maggioranza, come a qualcosa di comico, perché, signori, non c'è mistero su che cosa si discute e non c'è mistero neanche su quello che la nuova Giunta potrà fare. Noi sappiamo come la Giunta scorsa, il legislativo della passata legislatura dell'ultimo anno abbia approvato dei piani pluriennali per quanto riguarda l'edilizia ospedaliera, l'edilizia scolastica ed iniziative per quanto riguarda la politica della casa. Ebbene, non occorre essere un genio politico per comprendere come il nuovo Esecutivo ben poco riuscirà a realizzare di nuovo, indipendentemente dalla volontà politica di realizzare qualcosa, perché sarà difficile, per il processo inflazionistico in atto, realizzare quello che nella passata legislatura, in particolare con l'ultimo bilancio, è stato impostato ed è stato promesso. Signori, chi crede che il piano ospedaliero quinquennale di 21 miliardi sia in grado entro i cinque anni di risolvere il problema degli ospedali? Evidentemente nessuno, se nel giro di pochi mesi il prezzo del cemento "ufficialmente" è aumentato del 40%. Allora quali sono questi grandi problemi su cui si discute? E' necessario che al più presto si arrivi ad una definizione precisa e specifica delle cose da fare. Noi, signor Presidente, signori colleghi, non abbiamo mai fatto e non intendiamo fare della demagogia a buon mercato. In Consiglio regionale, in Consiglio provinciale, alle prime sedute, lo sapete — tra l'altro ci sono i verbali — non abbiamo neanche sollecitato di far presto, confidando nel buon senso prima che nella volontà politica vostra. Ma permettete che a due mesi e mezzo di distanza, constatando che il buon senso non esiste e che il buon senso in larga misura è

smarrito e che viene meno anche un doveroso senso di responsabilità di fronte all'opinione pubblica, ai lavoratori di lingua italiana e di lingua tedesca, queste parole del nostro gruppo sono il minimo che possiamo dire. In un momento difficile per la vita del nostro Paese e per la nostra provincia un distacco così marcato delle istituzioni rappresentative dalle esigenze reali quotidiane dei lavoratori, della gente laboriosa, operosa, non può non seminare sfiducia tra la popolazione, sfiducia nella capacità realizzatrice, operativa degli istituti rappresentativi, al di là di ogni distinzione di partiti, di forze politiche. Ebbene, noi questa corresponsabilità — questo dev'essere chiaro — non ce la possiamo assumere; noi difendiamo e vogliamo difendere il potere di legiferare, di agire, di incidere nella realtà delle cose da parte del legislativo, perché noi crediamo in questi istituti di democrazia e vogliamo che questi istituti di democrazia operino e facciano fronte alle esigenze della popolazione.

Sarebbe sbagliato distinguere tra i partiti che vogliono far presto ed i partiti che tirano indietro. Noi pensiamo che le responsabilità siano soprattutto, innanzitutto della Südtiroler Volkspartei, per il peso oggettivo che ha in questo Consesso provinciale, e non pensiamo che sia ammissibile un discorso da parte della Südtiroler Volkspartei di scarica-barile su presunte e certamente esistenti difficoltà della Democrazia Cristiana, del Partito Socialista o della socialdemocrazia che dir si voglia, perché il meccanismo di potere non è scindibile, è unico, perché la Südtiroler Volkspartei sa che non può governare da sola.

Un ultimo rilievo lo vogliamo fare ai compagni del Partito Socialista, perché essi scelgano quello che in piena autonomia devono scegliere. L'autonomia all'interno dei partiti che si richiamano al movimento operaio è condizione fondamentale ed indispensabile per andare avanti. Noi non abbiamo mai detto pregiudizialmente al Partito Socialista di star fuori o di entrare in Giunta, però noi pensiamo che sia dannoso per tutti il protrarsi a tempo indefinito, indeterminato, concludendo poco o nulla, una prassi che sta diventando intollerabile e che fa crescere tra la popolazione onesta e laboriosa la protesta verso un'inerzia così pesante e così dannosa.

PRÄSIDENT: Bevor ich dem nächsten Abgeordneten das Wort erteile, möchte ich die Herren Landtagsabgeordneten um Verständnis dafür bitten, daß der Saal heute sehr kühl ist. Ich ersuche die Landesregierung, dafür zu sorgen, daß die Heizanlagen in Ordnung gebracht werden.

Der Abg. Jenny hat das Wort.

JENNY (S.F.P.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Partei, die Soziale Fortschrittspartei Südtirols, hat mich beauftragt, zu diesem Punkt einige Dinge zu sagen. Seit zweiundeinhalb Monaten verfolgen wir die Verhandlungen, die zur Bildung einer neuen Landesregierung führen sollen. Mein Vorredner hat bereits gesagt, welche Situation vorliegt, welche Schwierigkeiten bestehen: Energieversorgungsprobleme, Inflation. Alles Fragen, die die Bevölkerung interessieren. Und die Bevölkerung fragt sich immer mehr: Haben wir eine Landesregierung, die bereit ist, zu diesen Problemen Stellung zu nehmen? Ist die Landesregierung wirklich nicht in der Lage, in der Frage der Preisüberwachung etwas Konkretes zu unternehmen? Will sie es nicht tun? Ist ihre Absenz eine willkommene Gelegenheit, um nicht zu intervenieren? Und wie mein Vorredner bereits gesagt hat, fragen sich das diejenigen Schichten, die am meisten unter dieser Entwicklung zu leiden haben. Ich hoffe, daß auch diejenigen, die sich als Arbeitnehmervertreter bezeichnen, die in der S.V.P. gewählt worden sind, hier jetzt zu diesem Thema Stellung nehmen; daß diese die Interessen derjenigen Menschen wahrnehmen wollen, die sie in diesen Landtag geschickt haben. Die Lage ist kritisch. Die Lage ist schwierig: Für denjenigen, der z.B. in der Weihnachtszeit und auch lange davor keinen Brennstoff bekommen hat, waren das schöne Weihnachten! Für diejenigen Menschen, die effektiv unter einer zunehmenden Verschlechterung der Lebensbedingungen leiden. Für diejenigen, die in die Integrationskasse entlassen worden sind. Für diejenigen, die keine entsprechende Sicherung ihrer Zukunft sehen, ja im Gegenteil, fürchten müssen, daß die Kaufkraft ihres Lohnes immer mehr verfällt. Man wird mir entgegen, daß dies Problem sind, die nicht von der Landesregierung gelöst werden können, sondern von der Zentralregierung. Was ist unsere Autonomie wert, wenn wir nicht die Probleme angehen, die die Menschen unserer Region betreffen. Deswegen glaube ich, daß diese Verzögerung ungerechtfertigt ist, sie ist sogar eine Verhinderung, sie ist eine Verschleierung der effektiven Situation. Sie verhindert, unseres Erachtens, daß die Probleme konkret angegangen werden. Sie ist das Alibi, um nichts zu tun, um die Zügel schleifen zu lassen.

Und noch etwas möchte ich zu diesem Thema sagen. Es ist ja nicht so, daß bei den Wahlen vom 18. November keine Änderungen eingetreten wären. Hier jedoch wird davon nicht gesprochen. Obwohl diese Sitze hier umbesetzt werden, wird in den Assessoren weitergewurteilt. Es sind dieselben Herren, die bis zu diesen Wahlen bestimmte Aufgaben innegehabt haben, die genau so weiterregieren, als sei nichts passiert. Sicherlich, sie haben eben das günstige Alibi,

daß sie momentan keine direkte Verantwortung tragen. Sie können keine Entscheidungen treffen. In der Praxis läuft der Karren jedoch weiter. In der Praxis läuft der Karren auf denjenigen Geleisen weiter, die vor diesen Wahlen gelegt worden waren. Das ist falsch und irreführend. Innerhalb der Südtiroler Volksgruppe haben politische Verschiebungen stattgefunden. Und wenn man nicht gegen die Vernunft und gegen die Demokratie agieren will, dann muß man von diesen Dingen Kenntnis nehmen. Es scheint mir, daß, neben dem Willen, sich zu aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu stellen, andererseits ein Beharrungswillen vorhanden ist, der jegliche politische Alternative von vornherein ausschließt.

Und da will ich etwas erwähnen. Vor acht Tagen hat der amtierende Landeshauptmann Dr. Magnago mich als Vertreter der S.F.P. zu einem Gespräch empfangen. Er hat gleich eingangs, in jener brutalen Offenheit, die seine Regierung seit fünfundzwanzig Jahren innerhalb der Partei und innerhalb des Landes kennzeichnet, zu mir gesagt, daß dies ein reines Höflichkeitsgespräch sei, also nur so ein Gespräch, nicht verpflichtend. Im Namen jener parlamentarischen Korrektheit, die ich als Selbstverständlich empfinde, habe ich diese Sache etwas überhört und habe ihm ruhig und klar einige Vorstellungen von uns gesagt. Es sind dies jedoch Vorstellungen, die ich hier wiederholen will, weil sie mir wichtig erscheinen. Und zwar habe ich damals etwas gesagt, was ich in der Öffentlichkeit immer wieder gehört habe. Die S.V.P. hat durch den Mund des amtierenden Landeshauptmannes behauptet, und behauptet es immer wieder, daß sie auf Grund der verstärkten Präsenz der Südtiroler Volksgruppe im Landtag auch mehr Assessorate verlangt. Und ich kann nicht anders als auf die Ironie, auf den Spott aufmerksam zu machen, der mit diesen Worten verbunden ist. Nachdem die S.V.P., besonders durch den Mund ihrer Vertreter, schärfste Kampagne gegen die sogenannten Splittergruppen geführt hat; nachdem man das ganze Südtiroler Volk irreführt hat, bewußt belogen und gesagt hat, daß die Splittergruppen das Ende der Volksgruppe und deutlich eine Schwächung der Volksgruppe darstellen; nachdem man gesagt, auf diese Weise sei ein Einbruch möglich, auf diese Weise würden die italienischen Parteien weiß Gott welche Ziele erreichen; und nachdem es nun gelungen ist, durch die Tätigkeit dieser Splitterparteien, eine Verstärkung — wenn wir es so nennen wollen — der Südtiroler Präsenz im Landtag zu erreichen, will man nun, auf Kosten dieser Splittergruppen, die man zu Staatsfeinden erklärt hatte — ich erinnere mich noch, daß der Herr Landeshauptmann die Geschmacklosigkeit gehabt hat, mich als

den Totengräber der Volksgruppe zu bezeichnen; diese Geschmacklosigkeit überlasse ich seinem Stil und seiner Beurteilung —, will man also auf Kosten der Vertretung dieser sogenannten Splittergruppen, ideologische Gruppen, die den Wählern klar gesagt haben, was sie wollen, auf Kosten dieser Parteien will man nun die Assessorate für die S.V.P. bekommen. Das ist unglaublich. Und wenn ich auch weiß, daß man dies mit juristischen Feinessen auf Grund des Art. 50 des neuen Autonomiestatutes rechtfertigen kann, so bin ich doch gezwungen, es der Öffentlichkeit klar und deutlich zu sagen.

Man könnte mir sagen: Was wollen Sie denn? Wollen Sie in den Landesauschuß eintreten? Nein. Was wir verlangen, ist jene parlamentarische Korrektheit, die, wenn sie sich schon solchen Gedanken hingibt, wenn sie mit solchen Argumentationen kommt, wenigstens hören muß — und zwar nicht bloß in der nicht verpflichtenden Höflichkeitsform des Besuches —, was diese Splitterparteien, die effektiv ihre Vertretung auf demokratischer Basis erreicht haben, wollen. Und wenn man schon im Namen dieser Splittergruppen solche Argumentationen führt, so hätte man die Pflicht, sich mit den Vertretern dieser Menschen, mit den Vertretern dieser Bevölkerungsschichten sachlich auseinanderzusetzen, ohne solche demagogische Schaustücke aufzuspielen.

Ich sage dies, weil dieser ein Punkt ist, auf den wir noch öfters zurückkommen werden. Unsere Perplexität hinsichtlich des neuen Statutes, des Paketes, war eben darauf begründet, und nicht auf den nationalen Trommlereien, — wir wissen, diese sind längst vorbei, die Bevölkerung hat dafür kein Verständnis. Unsere Perplexität beruhte eben auf der begründeten Angst, daß man hier die Macht institutionalisieren will. Der Art. 50, so wie er aufgefaßt wird, und wie ihn mir der derzeit amtierende Landeshauptmann erklärt hat, ist nach meiner Ansicht ein Mißbrauch, ist eine Verfälschung des Wählerwillens. Auch die Südtiroler drücken sich nicht mehr allein ethnisch aus, sie unterscheiden sich auch politisch. Diese politische Unterscheidung, diese politische Entwicklung, die nur im Interesse der Demokratie liegt und die sicherlich von allen Menschen, die hier leben, als positiv empfunden wird, muß berücksichtigt werden und muß ihren Niederschlag finden.

Und ich muß da gleichzeitig bitten — obwohl es nicht direkt zusammenhängt, aber es handelt sich um eine politische Frage in erster Linie, so sehe ich es —, ich muß auch diejenigen Parteien, die sich in diese Verhandlungen einlassen, bitten, ebenfalls diesen Punkt zu berücksichtigen.

Dr. Magnago hat mir auch etwas recht Interessantes gesagt, er wird es sicherlich bestätigen. Er hat

gesagt, der Art. 50 ist eben so wie er ist, — und auch auf italienischer Seite, wenn die Herren der D.C. und des P.S.I. nicht in die Landesregierung wollen, dann könnte durchaus auch ein Faschist verlangen, sämtliche Italiener zu vertreten. Auch da diese Logik, auch hier diese Argumentation: keine politische Zusammenarbeit. Und ich frage mich, ich frage diese Parteien, die sich bei den Koalitionsverhandlungen stellen werden, welche Ideen sie haben. Wenn es wirklich nur so ist, daß hier Volksgruppenverhältnisse als festgeschrieben gelten, wenn hier keine politischen Auseinandersetzungen geführt werden, so ist das nicht der Sinn eines politischen Gremiums, des Landtages. Das muß man deutlich und klar sagen. Denn sonst wäre auch hier die Tatsache gegeben, daß auf der einen Seite die Südtiroler Volkspartei das Abonnement für die Macht hat, solange sie eine entsprechende Vorherrschaft in der Volksgruppe hat, und auf der anderen Seite wäre dieselbe Entwicklung gegeben. Ich glaube, daß nicht einmal jene Parteien, die heute an den Verhandlungen teilnehmen, diese Mentalität, dieses Vorgehen als richtig, als korrekt ansehen können. Auch an sie muß ich politisch einen Appell richten. Natürlich, jeder versteht, daß die Interessen der jeweiligen Volksgruppe gewahrt werden müssen. Dazu bekenne ich mich, darüber gibt es keine Diskussion. Das muß man klarstellen, damit nicht in der Presse wieder die üblichen, willkommenen Spitzen geäußert werden. Ich möchte sagen, daß wir hier politische Entscheidungen zu treffen haben. Und ich hoffe, daß auch die Koalitionsabkommen auf politischer Basis erfolgen, und nicht allein auf der Volksgruppenbasis. Das wäre eine Verfälschung der ganzen Idee, das wäre eine gefährliche Entwicklung, gegen die wir bereits damals, als die ganze Sache noch zur Diskussion stand, wiederholt sozusagen Stellung genommen haben. Und es entspricht unserer Einstellung als demokratische Sozialisten, daß wir diese Situation klarlegen, daß wir eine gefährliche Entwicklung aufzeigen, die unserer Ansicht nach die Interessen beider Volksgruppen mißachtet. Es ist ganz klar, und das fürchte ich am meisten: daß, wenn man auch hier, in politisch entscheidenden Fragen diese Trennung zum obersten Gesetz macht, man eine demokratische Fortentwicklung in Südtirol sabotiert, verhindert. Wir sehen ja, was sich derzeit im gewerkschaftlichen Sektor abspielt. Was ist dort das Ziel? Das Ziel ist, zu einer ethnischen Abgrenzung zu kommen, jedoch nicht im Interesse der Volksgruppen, sondern im Interesse der SVP, die über ihre Gewerkschaftsunterläufer, ihre Fußtruppe oder jene Leute, die in ihrem Interesse dort agieren, jegliche Entwicklung, jegliche demokratische Form einer überparteilichen Gewerkschaft im Kei-

me ersticken will. Diese Parallele zum politischen Leben ist bezeichnend. Die Soziale Fortschrittspartei Südtirols hat den Auftrag bekommen, ihren Weg zu gehen und sich gegen solche Machinationen zu schlagen, um klar und deutlich die Interessen jener Menschen zu verteidigen, die in der jetzigen Situation nicht berücksichtigt werden, die man durch die jetzige Entwicklung, durch das Schleifenlassen, durch die Gleichgültigkeit sträflich vernachlässigt.

In diesem Sinne können uns die Äußerungen des Gruppensprechers Dr. Gamper keineswegs befriedigen. Sagt uns offen: Streitet Ihr Euch um die Sessel, streitet Ihr Euch um ein Programm, streitet Ihr Euch um eine Entwicklung? Das möchten wir wissen. Wenigstens diese Auskunft. Oder geht es lediglich um das kleinliche Feilschen, ob man seinen Hintern auf einen Stuhl hinaufbringt oder nicht? Das ist die Frage, die sich die Bevölkerung stellt. Die Bevölkerung ist mit politischen, subtilen Diskussionen nicht gerade verwöhnt worden. Die Bevölkerung verlangt eine Landesregierung, die effizient ist. Sie verlangt eine Landesregierung, die Aufgaben übernimmt, eine Landesregierung, die Klarheit schafft. Es gibt eine Menge Dinge zu tun. Allein schon bei der Verteilung der Assessorate wird es Fragen geben, und zwar nicht Fragen der Person, sondern Fragen von der Sache her. Wir wollen nicht Polemiken gegen Einzelne führen, das liegt und absolut fern. Es geht uns nichts an, wie die Volkspartei ihre Assessorate besetzt, soweit dies die Person angeht. Es ist uns jedoch darum zu tun, daß die Landesregierung klare Vorstellungen äußert. Es ist eine schwierige Situation. Schauen Sie, was auf dem Sektor Volkswohnbau passiert, wo soundso viele Genossenschaften infolge des Verfalles des Geldwertes einfach nicht zum Zug kommen; wo diese langwierige bürokratische Prozedur alles zunichte macht, was sich viele Familien erwünschen. Das sind doch echte menschliche Probleme! Das sind Aufgaben, die eine lokale Autonomie beherzigen muß. Wir können doch nicht in den Wolken regieren. Ich hoffe, daß man zum Volk noch so viel Verbindung hat, daß sie sich nicht am Wahltag erschöpft, wo man dieses Volk zur Wahlurne bringt, sondern daß man darüber hinaus die Verpflichtung fühlt, für diese Menschen etwas Konkretes zu tun. Aus diesem Grund finde ich es lächerlich, zu sagen: es dauert noch einen Monat. Es ist Zeit genug vergangen, es hat genügend Möglichkeiten gegeben. Auch wir haben ein Pensum zu absolvieren.

Als ich vorhin den Herrn Präsidenten gefragt habe und gesagt habe, er soll eine gewisse organische Führung in die Geschäfte bringen, so habe ich doch nur etwas verlangt, was nach meiner Ansicht im Interesse einer konkreten, praktischen Arbeit ge-



schieht. Aber auch an denjenigen, die nun die Regierung bilden sollen, müssen wir diese Frage richten. Rasch, es sind nicht unlösbare Probleme. Mein Vorredner hat bereits gesagt, daß neue Fragen, auch hinsichtlich der Budgetpolitik, weitgehend in Frage gestellt werden müssen, schon allein durch den Verfall des Geldwertes u. dgl. Jedoch wenigstens für das, was für unsere Bevölkerung notwendig ist, wenigstens für das, was in den vergangenen Legislaturperioden aufgezeigt worden war, wenigstens für jenen bescheidenen Ansatz, der in diesem „Südtirol 1981“, über das wir wahrscheinlich noch öfters diskutieren werden, zum Vorschein kommt, wenigstens dafür sollte man Teillösungen finden, im Interesse unserer Bevölkerung. Die Soziale Fortschrittspartei hat die Verpflichtung und Aufgabe, sich dafür zu schlagen, und zu verlangen, daß die Parteien, die politische Verantwortung tragen, raschestens, ohne Rücksicht auf persönliche Polcmiken, ohne Rücksicht auf kleinliche Streitereien um Sessel, diese Fragen effektiv lösen.

DIETL (S.P.S.): Herr Präsident, meine Herren Kollegen! Seit den Landtagswahlen vom 18. November sind zweiundeinhalb Monate verstrichen. Trotzdem hat der Sprecher der S.V.P.-Fraktion den Antrag gestellt, die Wahl des Landeshauptmannes und der übrigen Mitglieder der Landesregierung neuerdings zu vertagen. Er hat auch Argumente ins Feld geführt, die genau das Gegenteil bestätigen, Argumente, die dafür sprechen, daß man viel schneller die Regierung hätte bilden müssen. Der Hinweis auf die gleiche Langwierigkeit der Verhandlungen von 1968 ist ein falscher Vergleich. Warum? Damals ist erstmals ein Programm ausgearbeitet worden. Bis zum Jahre 1968 hat es bei der Regierungsbildung keine Programme gegeben. Wenn schon, dann müßte diese Tatsache, daß schon einmal ein Programm bestanden hat, ein Grund mehr dafür sein, daß es diesmal schneller gegangen wäre. Deshalb muß ich gegen diesen Vertagungsantrag stimmen. Ich werde diese meine Gegenstimme auch näher begründen.

Die Erklärung, die ich jetzt abgebe, gebe ich nicht für meine Fraktion ab, ich gebe sie als einer der 34 Landtagsabgeordneten ab, natürlich als sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter. Und ich darf hoffen, daß sich auch unter den Regierungsparteien Kollegen befinden — und die S.V.P. ist mit großem Abstand tragende Regierungspartei —, die sich meinen Argumenten nicht verschließen werden, wenn sie auch gezwungenermaßen für den Vertagungsantrag stimmen müssen. Es geht nämlich — ich mache jetzt nicht Worte — um die Würde und um das Ansehen des Landtages und, meines Erachtens, um die Pflichten, die jeder Landtagsabgeordnete, gleichgültig, ob

er der Regierungspartei angehört oder der Opposition, mit der Wahl auf sich genommen hat. Mir liegt es heute fern, Kritik nur der Kritik wegen zu üben, wohl aber möchte ich dazu beitragen, mit dieser Stellungnahme auch, daß sich die Dinge grundlegend ändern. Und daß es dieser Änderung bedarf, das werden meine Erklärungen erhärten.

Schauen Sie, bereits die Tagesordnung der ersten Sitzung des Landtages vom 14. Dezember 1973 sah die Wahl der Landesregierung vor, ein ganz klarer Beweis dafür, daß diese Wahl eine vordringliche, ja, die vordringliche Aufgabe des Landtages ist. Damals hat die Wahl nicht stattfinden können, — bitte, wir haben den Vertagungsantrag hingegenommen. Es wäre allerdings möglich gewesen, die Landesregierung zu bilden, immerhin, man hat Verständnis aufbringen können. Heute, einundeinhalb Monate sind inzwischen verstrichen, befinden wir uns wieder in derselben Situation: von seiten des Sprechers der S.V.P.-Fraktion wird der Antrag gestellt, daß die Wahl der Landesregierung weiterhin vertagt werden soll. Warum? Weil die sogenannten Verhandlungen — ich sage ausdrücklich „die sogenannten“ — für die Bildung der Regierung, in denen die S.V.P. als weitaus stärkste Partei federführend ist, noch immer nicht abgeschlossen sind. Wie sehen jedoch die Folgen aus? Bis zur Stunde, zweiundeinhalb Monate nach den Wahlen, hat Südtirol keine Landesregierung, die diesen Namen verdient. Die Tatsache, daß zweiundeinhalb Monate nach den Wahlen die Regierungsbank noch immer leer ist, beweist, wie sehr man es hinnimmt, wie sehr man die Zügel schleifen läßt. Und, wie wir soeben erfahren haben, diese Regierungsbank wird noch für Wochen leer bleiben. Dies ist umso unverständlicher, als die Regierungsparteien, wie kaum anderswo, eine erdrückende Mehrheit haben, nachdem die S.V.P. allein von den insgesamt 34 Sitzen 20 innehat, also die absolute Mehrheit. Die Verschleppung ist auch deshalb unverständlich, weil die Regierungsparteien, insbesondere die Democrazia Cristiana und die Südtiroler Volkspartei, seit Jahren eng zusammenarbeiten, sich eingespielt haben. Folglich müßte es ein Leichtes sein, diese Regierung innerhalb einer bestimmten Frist zu bilden. Anderswo, in Österreich, in der Bundesrepublik ist es, trotz der viel schwierigeren Voraussetzungen und bei einem Problemkreis von unvergleichlich größerem Ausmaß, innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit zur Regierungsbildung gekommen. Bei uns jedoch wird hohe Politik vorgetauscht, werden große Verhandlungsdelegationen eingesetzt, — was hier geschieht, ist geradezu grotesk. Warum kommen wir nicht vom Fleck? Warum verstreicht die Zeit? Warum müssen dreiundeinhalb Monate vergehen? Erst Ende Februar soll der Landtag in die

Lage versetzt werden, mit der Wahl der Landesregierung überhaupt erst aktiv zu werden. Warum haben wir diesen Zustand? Wer trägt die Hauptlast der Verantwortung? In der Sitzung vom 14. Dezember, in der ersten Landtagssitzung, hat der damalige Sprecher der S.V.P.-Fraktion die Vertagung der Wahl der Landesregierung mit der Behauptung begründet, daß noch Verhandlungen gepflogen werden müssen. Tatsache jedoch ist, daß die S.V.P., als die mit Abstand führende Regierungspartei, und folglich für den Verlauf der Verhandlungen primär verantwortliche Partei, erst drei Tage später, am 17. Dezember, jene Kommission zusammengestellt hat, die die Verhandlungen mit den anderen Parteien zu führen hat. Eine Kommission übrigens, die ein annähernd zügiges Arbeiten schon deshalb ausschließt, weil sie, allein was die S.V.P. betrifft, aus neun Personen besteht. Wenn man in Betracht zieht, daß die Verhandlungen mit drei weiteren Parteien geführt werden, dann kommen wir — nachdem die S.V.P. als erste mit neuen Mitgliedern beginnt — logischerweise so weit, daß wir eine Verhandlungsdelegation haben, hier im kleinen Südtirol, die praktisch so viele Mitglieder zählt, wie dreiviertel Teil der Landesregierung ausmachen. Daß man bei den Verhandlungen so nicht vom Fleck kommt, ist wohl selbstverständlich. Ich kann nur noch einmal wiederholen: das, was hier aufgeführt wird, das, was hier gespielt wird, ist geradezu grotesk.

Und noch etwas anderes. Es müßte doch der demokratischen Gepflogenheit entsprechen, daß diese Verhandlungen vom designierten Landeshauptmann geführt werden. Hierfür hätte es lediglich einer ganz einfachen Willenserklärung seitens der S.V.P. bedurft, des SVP-Parteiausschusses, meines Wissens. Eine solche ist jedoch nicht erfolgt. Und so führt weiterhin Dr. Silvius Magnago die Verhandlungen, jedoch nur in seiner Eigenschaft als Obmann der S.V.P. Diese Feststellung hat weitaus größeres Gewicht, als man vielleicht allgemein annimmt.

Als Sie, Herr Präsident, mit Ihrem Schreiben vom 7. Jänner den Landtag erst auf heute, den 29. Jänner einberufen haben, wurde von Ihnen — gestatten Sie die Bemerkung — die Bestimmung des Autonomiestatutes etwas elastisch ausgelegt. Ich nehme jedoch an, daß Sie mit dieser Späten Festlegung des Sitzungstages eine Hoffnung verbunden haben, die Hoffnung, daß wir heute, jetzt, endlich zur Wahl der Südtiroler Landesregierung schreiten können. Die Hoffnung war leider trügerisch. Eine weitere Vertagung ist verlangt, und nicht nur für ein oder zwei Wochen, praktisch hat es geheissen: Ende Februar. Es wäre zwar so und so Ende Februar geworden. Wir haben nämlich der Tagespresse bereits entnommen, daß die Parteileitung der S.V.P. für 21. Jänner

den Parteiausschuß zwar einberufen hat — zur Namhaftmachung der der S.V.P. zustehenden Regierungsmitglieder, Landeshauptmann und Assessoren —, daß jedoch diese Sitzung erst am 18. Februar stattfindet. Also, jetzt, nach den Wahlen, kann man sich Zeit lassen! Nach den Wahlen kann man sich Zeit lassen! Die Folge davon ist jedoch, daß Südtirol erst Ende Februar, also dreiundeinhalb Monate nach den Wahlen, seine Landesregierung haben wird. Eine Frage ist berechtigt: Will man auf diese Weise vielleicht solange als möglich die Kontrollfunktion des Landtages ausschalten? Oder, will man vielleicht die fällige, wichtige Landtagsdebatte über den zu Wahlzeiten hochgerühmten 77-Milliarden-Haushalt abwürgen? Diese Frage ist berechtigt. Die Auswirkungen dieses von SVP-Führung mutwillig verursachten Vakuums wären sogar zu normalen Zeiten von Nachteil für die Wirtschaft, aber nicht nur für die Wirtschaft und nicht nur für die Verwaltung. Aber hier und heute, und nicht nur erst heute, seit Monaten schon haben wir eine kritische Gesamtlage, die nicht selten geradezu prekär ist, — als Beispiele möchte ich die Ölkrise, die Preissteigerungen, die Absatzkrisen bei Vieh und Obst usw. anführen. Und in dieser Zeit, und noch durch vier Wochen hindurch hat Südtirol keine Landesregierung, ist der Südtiroler Landtag unaktiv, er muß unaktiv bleiben, solange nicht eine Regierung besteht: die Regierungsbank ist leer. Und dies alles, weil man sich nach den Wahlen seitens der führenden Parteien, hauptsächlich von Seiten der SVP, Zeit lassen kann.

Aus dem Gesagten ergibt sich klar und eindeutig, daß die S.V.P. die Hauptschuld an dieser Verschleppung trifft. Man ist aber dort um Ausflüchte nicht verlegen. In der letzten Nummer des „Volksboten“, immerhin Parteiorgan der S.V.P., werden den gutgläubigen Südtirolern Ausflüchte präsentiert. Es heißt, die Hauptschuld tragen die italienischen Parteien; diesen wird die Verantwortung aufgehalst. Dabei ist es köstlich, festzustellen, daß diesmal, wie auch das letzte Mal, lediglich der Sprecher der SVP-Fraktion die Vertagung beantragt hat, was Beweis dafür ist, daß die S.V.P. die Hauptverantwortliche dafür ist. Wenn es jedoch so wäre — es ist aber nicht so —, daß die italienischen Parteien die Hauptverantwortung für diese Verschleppung, für diese Verzögerung treffen würde, wenn es so wäre, warum vergeudet man dann so viel Zeit für Verhandlungen über Regierungsprogramme, warum? Wer kann die S.V.P. dazu verpflichten, daß ein solches Programm überhaupt ausgehandelt werden muß? Das Autonomiestatut sieht hierfür keinerlei Verpflichtung vor. Tatsächlich wurde erst im Jahre 1968 durch Herrn Dr. Magnago erstmals mit dieser Praxis begonnen. Aus freien Stücken hat man mit dieser Praxis be-

gonnen. Im Autonomiestatut ist lediglich festgestellt, mit Recht festgestellt, daß die Zusammensetzung der Landesregierung dem im Landtag bestehenden Stärkeverhältnis der Volksgruppen zu entsprechen hat. Von der Verpflichtung zur Erarbeitung eines gemeinsamen Programmes kann jedoch keine Rede sein. Bis zum Jahre 1968 war dies auch nicht der Fall. Dies muß einmal ganz offen ausgesprochen werden. Damit möchte ich ausdrücklich ergänzend erklären, daß ich in keiner Weise gegen die Ausarbeitung eines Programmes bin, ich bin in keiner Weise dagegen. Ich habe diese Feststellung jedoch treffen müssen, um ein weiteres Scheinargument zu zerschlagen. Wir werden zum gegebenen Zeitpunkt unser Werturteil über dieses Programm hier im Landtag abgeben.

Ebenso muß einer anderen Behauptung widersprochen werden. Wiederum ist es der „Volksbote“, SVP-Parteiorgan, der unseren gutgläubigen Südtirolern immer wieder vorexerzieren will und einflüstert, daß eigentlich alles in schönster Ordnung ist, auch wenn die Verhandlungen zur Regierungsbildung weitergehen. Alles ist in schönster Ordnung, und wieso? Weil ja die ordentliche Verwaltung weitergeht. Was die ordentliche Verwaltung oft bedeutet, darüber wissen unsere Südtiroler und besonders die kleinen Leute sehr Bescheid! Was heißt eigentlich ordentliche Verwaltung, allein schon bei der Fülle der Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung des „Paketes“, und solange die Regierungsbank im Landtag verweist ist, und solange der Landtag zur Untätigkeit verurteilt ist?

Dem habe ich nichts mehr hinzuzufügen als höchstens die Feststellung, daß dieser Schlendrian, der praktisch seit den Wahlen, seit dem 14. Dezember, wo wir zum ersten Mal zusammengekommen sind, und der im Zusammenhang mit der Regierungsbildung noch weiterhin praktiziert wird, also daß dieser Schlendrian schwere Schatten auf die Entwicklung der Tätigkeit des Landtages wirft.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um hier und jetzt den Herrn Präsidenten des Landtages, dessen Mitteilungen ich mit Befriedigung zur Kenntnis genommen habe, zu bitten, an dem festhalten zu wollen, was er in seiner Antrittsrede erklärt hat: daß die Südtiroler Bevölkerung auf den Landtag blickt, daß wir im Landtag unsere Pflichten übernommen haben. Der Herr Präsident möge dafür sorgen, daß der Landtag nicht eine Art Anhängsel der Exekutive wird. Aus all diesen Gründen, aus innerer Überzeugung und in der Hoffnung, auf diese Weise zu erreichen, daß das, was dieses Mal anläßlich der Regierungsbildung passiert ist, nicht mehr passieren möge, werde ich gegen den Vertagungsantrag der S.V.P. stimmen.

PRÄSIDENT: Zur Feststellung über die Entscheidung hinsichtlich der Einberufung des Landtages möchte ich nur kurz sagen, daß die Entscheidung der heutigen Sitzung von mir autonom und aus einer überlegten Einstellung heraus getroffen worden ist, und daß es hier keine „elastische“, sondern die Auslegung des Präsidenten gegeben hat.

La parola al consigliere Mitolo.

MITOLO (M.S.I. — D.N.): Signor Presidente, gentili colleghe e signori colleghi, non mi dilungherò molto nella mia dichiarazione, anche perché sono convinto che molti degli argomenti che sono stati posti dai colleghi che mi hanno preceduto troveranno più valida sede proprio all'atto della presentazione della Giunta. Mi associo all'amarezza perché oggi non possiamo iniziare il dibattito sulla presentazione e della Giunta e del programma. Non riesco a capire come si possa formare una Giunta, mettere assieme una coalizione di partiti diversi, con impostazioni diverse, soprattutto di gruppi linguistici diversi, senza avere ben chiara un'impostazione programmatica, senza avere davanti un documento che serva di via maestra per i prossimi cinque anni. Quindi, non vi scandalizzate, come non mi scandalizzo io, del fatto che oggi non ci sia la Giunta. Direi che è una conseguenza tipica del sistema. E con ciò non voglio andare oltre certe valutazioni, che mi porterebbero evidentemente a considerazioni molto più ampie. La crisi generale che travaglia il Paese dopo dieci, dodici anni di politica di centro-sinistra, appoggiata più o meno, a seconda delle convenienze, delle situazioni, dal Partito Comunista Italiano, è tale che impone a tutti il più profondo rispetto e la più profonda considerazione. Siamo tutti d'accordo che il Paese sta attraversando un periodo eccezionale e quindi la necessità di far presto, di concludere, di portare in questo Consiglio provinciale una Giunta operante, decisa, per risolvere i gravi problemi che ci travagliano, credo sia condivisa da tutti.

Ho avuto modo di esprimere al dott. Magnago nei giorni scorsi la mia soddisfazione per il fatto del nuovo tipo di contatti che è stato stabilito, ed ho avuto modo di esprimergli altre considerazioni, che per correttezza non intendo riportare prima della presentazione della Giunta provinciale. Mi associo al voto contrario richiesto dall'on. Dietl, che mi ha preceduto, con la preghiera e l'auspicio che veramente in brevissimo tempo si possa addivenire ad una discussione profonda, animata, razionale e soprattutto impegnativa di un programma e della Giunta per i prossimi cinque anni.

NEUHAUSER (S.V.P.): Ich möchte zunächst folgenden Gedanken zum Ausdruck bringen. Die anderen Parteien sollen nicht glauben, daß nicht auch wir ungeduldig werden, weil diese Regierungsbildung so langsam vorangeht. Wir haben als Abgeordneten der Südtiroler Volkspartei diese Ungeduld bei der ersten Sitzung zum Ausdruck gebracht, und teilen also diese Einstellung mit jenen, die sie soeben kritisiert haben. Sie werden von mir nicht verlangen — Sie wissen ja, wie ich veranlagt bin —, daß ich hier alle Schuld den anderen zuschiebe, ohne auch zuzugeben, daß vielleicht auch unsere Partei noch einiges hätte dazutun können, damit alles schneller abläuft. Ich möchte dies deshalb vorausschicken, weil mir vorkommt, daß wir in diesen ersten Sitzungen des neugebildeten Landtages zwischen den Südtiroler Parteien ein Verhältnis aufbauen müssen, das ja für beide Seiten neu ist. Und eben deshalb, weil ich mir wünsche, daß dieses Verhältnis ein fruchtbares werde, für den Landtag und für die Arbeit, die wir hier auf uns genommen haben, muß ich sagen, daß ich mir erlauben werde, einiges zurückzuweisen.

Ich glaube, schon allein der Umstand, daß ich zugebe, daß auch wir ungeduldig sind, müßte zum Ausdruck bringen, daß diese Ungeduld nicht einseitig ist. Vielleicht können einige Dinge dazu beitragen, daß wir einander etwas näher kommen. Auch der Umstand, daß alle Assessoren aller bisherigen Regierungsparteien wiedergewählt worden sind, mag dazu beigetragen haben, daß die Eile ein wenig zu wünschen übrig gelassen hat. Ich gebe noch viel lieber zu, daß ich selber die Sorge teile, daß die Verwaltung, die auf diese Weise wieder hinausgezogen wird — nachdem sie bereits im vergangenen Jahr, durch Umstände, die man nicht uns in die Schuhe schieben kann, so weit hinausgezogen worden ist —, so daß dadurch für unsere Bevölkerung und auch für die Wirtschaft wirklich ernsthafte Schäden erwachsen. Ich glaube, die Bildung der Regierung müßte mit mehr Ernst vorangetrieben werden, denn gewisse Dinge können einfach nicht ignoriert werden.

Den Vorwurf, daß die Absichten schlecht seien, möchte ich zurückweisen. Ich weise ihn deshalb zurück, weil ich glaube, daß es ernsthaft überlegt war, die Landesbilanz 1973 erst dann zu erstellen, nachdem feststellbar ist, wieviele Mittel dieser Landesbilanz zur Verfügung stehen werden. Ich möchte ausdrücklich an alle Vorredner appellieren, sie mögen, anstatt einer Partei allein die Schuld in die Schuhe zu schieben, doch auch zugeben, daß die hohen Mittel, zuletzt auch vom Abg. Dietl angesprochen worden sind, auf Verhandlungen zurückzuführen sind, die von Vertretern der Südtiroler Volkspartei in Rom geführt worden sind. Daß dabei so

viel herausgeschaut hat, hat gleichzeitig beinhaltet, daß wir in Kauf nehmen mußten, die Bilanz so spät zu verabschieden, wie man sie nicht verabschieden dürfte. Und hier gibt es auch wieder, auch intern, verschiedene Ansichten. Vielleicht hätte man die Mittel der vorjährigen Bilanz nicht so ausgiebig zur Verteilung bringen brauchen, wenn man sich bewußt gewesen wäre, daß sie erst im Dezember zur Verteilung kommen können. Nachdem für den November Landtagswahlen angesetzt waren, Zeitpunkt, an welchem sämtliche Landtagskommissionen verfallen, war es, wie ich glaube, von vornherein überschaubar, daß die Auszahlung dieser Mittel — und hiervon werden viele Menschen betroffen — so weit hinausgezogen wird, daß es wahrscheinlich April wird, bis die Gelder ausbezahlt werden können, Gelder, die bereits auf Grund der Bilanz 1973 zur Ausgabe beschlossen worden sind.

Daraus ersehen Sie, daß wir uns nicht über das alles hinwegsetzen.

Vielleicht war es ein großer Fehler, der unter Umständen nicht uns angelastet werden kann, anzunehmen, daß die Landesregierung erst dann gebildet werden kann, wenn die Regionalregierung gebildet ist, weil — wie Sie alle wissen und zugeben werden — es z.T. von der Besetzung in der Regionalregierung abhängt, wer die Mitglieder der Landesregierung sein werden. Vielleicht hätten wir aber auch, nachdem sich die Verhandlungen in Trient so lange hinausgezogen haben — und diesbezüglich kann wohl niemand die Schuld der Südtiroler Volkspartei in die Schuhe schieben, auch dann nicht, wenn man dazu die Absicht hätte —, vielleicht hätten wir darauf bestehen sollen, unabhängig davon, wie lange sich die Verhandlungen in Trient hinausziehen, hier in Bozen die Landesregierung zu bilden, und hätten eventuelle Änderungen in Kauf nehmen sollen, falls sich solche hernach als notwendig erweisen würden.

In einem einzigen Punkt jedoch muß ich mich wirklich zur Wehr setzen. Der Abg. Dietl, den ich persönlich sehr schätze, hat eine Frage in diese Debatte geworfen: Ob die Südtiroler Volkspartei eine Debatte über die 77 Milliarden Lire verhindern will; oder, ob sie die Kontrollfunktion des Landtages ausschalten will. Dazu muß ich sagen: Nein, das sicher nicht. Dafür kann ich mich verbürgen. Erstens haben wir die 77 Milliarden Lire ja bereits im Haushalt für das vergangene Jahr verteilt. Deshalb ist mir nicht ganz klar, warum wir jetzt darüber eine Debatte abführen sollten. Und zweitens glaube ich, daß die Kontrollfunktion des Landtages doch nur von der Landesregierung ausgeschaltet werden könnte, also ein solcher Wille nur von dorthier kommen könnte; nachdem die Regierung jedoch nur proviso-

risch im Amte ist, sollte man dies wohl nicht voraussetzen.

Ich möchte damit schließen, indem ich darum er- suche — auch die Abgeordneten meiner eigenen Partei —, in der Debatte miteinander einen Weg zu suchen, der es unserer Bevölkerung glaubhaft macht, daß wir eine Verbesserung der Dinge und das Wohl der Bevölkerung als Ganzes im Auge haben.

SFONDRINI (P.S.I.): Il dibattito, che è emerso dalla proposta di rinvio della nomina dell'Esecutivo da parte del Consiglio provinciale, ha indubbiamente fatto registrare da parte degli interventi di tutti i consiglieri la grave preoccupazione per il protrarsi delle trattative, per il ritardo con il quale si giunge a proporre anche un rinvio sulla nomina della Giunta provinciale. E' una preoccupazione che il Partito Socialista Italiano ha dimostrato subito dopo il trascorrere di un tempo ragionevole fra la prima riunione del Consiglio regionale e dei due Consigli provinciali per la convalida degli eletti e cioè dal 13 dicembre. Nel frattempo — questo senza giustificare nessuno — c'è stato il periodo festivo e quindi la preoccupazione del P.S.I. si è manifestata immediatamente dopo quel periodo, avendo assunto in proprio l'iniziativa di prendere dei contatti con varie forze politiche e con i sindacati, non soltanto per sentire da queste forze il loro orientamento circa i problemi prioritari che il Consiglio e la Giunta provinciale dovevano affrontare nel prossimo futuro, ma anche per smuovere le acque, per determinare una situazione che facesse uscire le forze politiche allo scoperto per iniziare immediatamente la discussione sulle trattative per la formazione della Giunta provinciale. Possiamo dire che se avessimo il dubbio che il protrarsi delle trattative fosse dovuto ad un piano prestabilito, come così è stato affermato dal collega Gouthier, cioè nel mettersi in una posizione di neutralità creando — siamo d'accordo con lui su questo — ulteriori difficoltà, in un momento estremamente difficile sul piano economico e sociale del nostro Paese, ai più deboli, mentre significherebbe favorire gli speculatori ed i ricchi, avremmo già immediatamente tratto le debite conclusioni. Siamo convinti come tutti che è estremamente dannoso il protrarsi a tempo indeterminato delle trattative e siamo dell'opinione che questa fase debba concludersi nel modo più rapido possibile. Tutti sanno che il Partito Socialista Italiano è stato invitato a trattare con altri partiti per la formazione di una Giunta, di un Governo di coalizione. Tutti sanno che come nel 1968 il Partito Socialista Italiano non ha accettato di far parte di una Giunta di coalizione a titolo etnico, cioè in virtù dell'art. 50 dello Statuto —

rispondo indirettamente alla domanda posta dal collega Jeny —, anche in questa occasione il P.S.I. rifiuta una proposta che lo volesse partner di una Giunta a titolo etnico. Il P.S.I. — lo dico pubblicamente — non si considera un partito etnico anche se i suoi rappresentanti in Consiglio appartengono al gruppo linguistico italiano; non si considera un partito etnico per la sua origine internazionalista, per la sua matrice classista, per il fatto che nel P.S.I. sono iscritti compagni di entrambi i gruppi linguistici. Quindi, non può in linea di principio accettare di far parte di una coalizione di governo a questo titolo, anche se i suoi rappresentanti sono appartenenti al gruppo linguistico italiano. Per noi socialisti, quindi, non si tratta di formule di coalizione, ma si tratta semplicemente di contenuti, cioè di un problema sostanziale, programmatico, politico, come del resto è avvenuto l'altra volta quando, di fronte all'impossibilità di trovare l'accordo su un piano politico-programmatico che soddisfacesse la nostra presenza in Giunta, abbiamo rifiutato di partecipare alla Giunta provinciale. Per noi si tratta — ripeto chiaramente — di una questione politico-programmatica e solo a determinate condizioni il mio partito deciderà la sua partecipazione o meno alla nuova Giunta provinciale. Accettiamo l'invito che viene dal consigliere Gouthier e siamo consapevoli della nostra autonomia, per cui la nostra scelta sarà autonoma, una scelta che dipenderà, come ho detto prima, da un programma, dai contenuti.

Il momento è estremamente difficile ed è preoccupante il ritardo per l'interpretazione che l'opinione pubblica può dare, ma soprattutto è preoccupante per la strumentalizzazione che può essere data da altre forze politiche in senso qualunquistico. Il ritardo per noi, come dicevo prima, ha fatto sì che ci muovessimo autonomamente proprio per le ragioni che ho citato prima, proprio per le preoccupazioni e la consapevolezza che abbiamo circa la situazione del nostro Paese sul piano economico ed anche politico di un deterioramento della situazione generale. Siccome la Provincia autonoma, a seguito del nuovo Statuto di autonomia, a seguito delle norme di attuazione emanate o emanande in questi giorni, è responsabile in prima persona su argomenti di importanza vitale per la popolazione, non c'è più la possibilità di rinviare al centro la mancata soluzione di problemi importanti, come quelli della casa, dei trasporti, della sanità, degli ospedali, per i quali, soprattutto per la casa e per la sanità, esistono dei piani pluriennali. E' vero che il legislativo scorso ha già impegnato i suoi interventi in senso pluriennale e quindi a prima vista sembra che le cose da dire siano poche, ma il quadro economico è profondamente mutato ed è mutato non solamente per noi della

Provincia, ma a livello nazionale. I provvedimenti che il Governo sta adottando in questo periodo, in questi giorni, devono avere ed hanno un'eco immediata nella nostra provincia. Quindi, essendo mutato questo quadro, egregi consiglieri, non è detto che ciò che è stato fatto sia sufficiente per affrontare la situazione e che non si debba discutere seriamente su provvedimenti che si dovranno prendere urgentemente per affrontare una situazione economica estremamente difficile, ma significa che è necessario un impegno da parte delle forze politiche, che sono consapevoli di questa situazione, un rapido approfondimento e possibilmente dei rapidi interventi. E' giusto quello che si è detto: è inutile fare dei programmi, degli stanziamenti, delle leggi, e poi trovarsi nell'impossibilità di dare pratica attuazione a questi interventi, perché ciò significa in sostanza non solamente promettere e non fare nulla, ma significa impegnare i fondi del bilancio per integrare le iniziative programmate qualche anno prima. Questa è una situazione di cui bisogna tenere conto. Cito l'esempio che tutti conoscete: i programmi di edilizia elaborati negli anni scorsi, a causa dell'aumento delle materie prime, del cemento, del ferro, del costo della manodopera, hanno bisogno, affinché siano attuati, di un'integrazione che è quasi vicina al 70, 80%.

Ecco che allora è necessario fare presto, ma questo non deve significare fare male. Si può fare anche bene facendo presto, perché purtroppo i problemi sono sempre i medesimi, con alcuni di essi notevolmente aggravati dalla situazione economica generale del Paese. Quindi, questo è l'impegno delle forze politiche, che in questo periodo si sono trovate per affrontare il nuovo Governo provinciale, di investire il legislativo di questi problemi. Sarebbe estremamente grave protrarre una situazione di questo tipo non potendo assumere delle iniziative decisive e degli interventi importanti, tagliare fuori l'Esecutivo e quindi lasciare il Governo in balia di se stesso senza il compito precipuo che l'Esecutivo ha. Credo che da parte nostra, di fronte a questa richiesta di rinvio, non possiamo fare altro che accettare, però ad una condizione, cioè che ciò che è incominciato da alcuni giorni si risolva il più presto possibile, rapidamente, perché siamo consapevoli, come tutte le forze politiche presenti in Consiglio, che esistono alcuni problemi che non possono assolutamente essere rinviati e quindi che devono essere affrontati immediatamente, affinché possano essere efficaci.

**BENEDIKTER (S.V.P.):** Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß dies nicht die Gelegenheit ist, eine allgemeine Aussprache über die wirtschaftliche oder politische Lage zu führen. Nachdem jedoch in den eigenen Reihen von Schäden, die entstanden sein

könnten, gesprochen worden ist, und zwar im Zusammenhang mit der noch nicht erfolgten Bildung des neuen Landesausschusses, möchte ich sachlich folgendes feststellen. Der alte Landesauschuß muß ja die Verwaltung weiterführen. Und in diesem Rahmen, in dieser Funktion hat er wirklich nichts unterlassen, was überhaupt in der Zuständigkeit der autonomen Provinz steht, hinsichtlich der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, und zwar im besonderen. Es ist ja so, daß diese Regionalwahlen lediglich bei uns stattgefunden haben und sonst nirgends in Italien, und daher in Rom die Regierungsgeschäfte weitergeführt werden wie gewöhnlich, dort hat keine Unterbrechung stattgefunden. Also, ich möchte kurz auf folgendes hinweisen. Der Landesauschuß hat rechtzeitig den Beschluß gefaßt, für die Übernahme der Anlagen, die derzeit provisorisch den Empfang des Fernsehens aus dem deutschen Sprachraum ermöglichen, um eben den Termin Ende Februar für diese Übernahme auszunützen. Der Landesauschuß hat auf vier Sachgebieten sogenannte Notstandsprogramme beschlossen. Diesbezüglich wurde von seiten des Programmierungsministeriums der Termin 7. Januar gegeben. Man hat also über Weihnachten diese Programme ausgearbeitet, und am 5. Januar wurden sie beschlossen, und zwar Notstandsprogramme hinsichtlich sozialem Wohnbau, Transportwesen, Fleischversorgung (Verstärkung der inländischen Fleischversorgung) und hinsichtlich Krankenhausbau. Dies, um ja nichts zu versäumen, um die aus dem regionalen Entwicklungsfonds des Staates der Provinz zukommenden Mittel zu gewinnen, d.h. ihren Einsatz durch solche Programme zu untermauern. Die diesbezüglichen Beschlüsse, sei es was die Übernahme der Fernsehanlagen betrifft, sei es was die Notstandsprogramme betrifft, werden demnächst an die Landtagsmitglieder verteilt werden.

Beim Minister für Industrie hat auch eine Vorsprache wegen der Ergänzung der Ölversorgung stattgefunden, da Südtirol im Verhältnis zu den anderen Provinzen im Rückstand war, obwohl — dies muß gesagt werden — die Ölversorgung nicht eine Angelegenheit sein kann, für welche die autonome Provinz die Verantwortung trägt.

Zu den im August und im Herbst verabschiedeten Gesetzen, die die Ausgabe der Mittel, der beträchtlichen, zusätzlichen Mittel, die im Landeshaushalt 1973 vorgesehen sind, erst ermöglichen, werden laufend Durchführungsverordnungen erlassen, so daß man sagen kann — ich möchte hier nicht auf weitere Details eingehen —, sachlich und mit ruhigem Gewissen, daß der geschäftsführende Landesauschuß nichts unterläßt, und alle jene Beschlüsse faßt und Verfügungen trifft, die, soweit es von der autonomen

Provincia abhängt, die wirtschaftlich-soziale Entwicklung beeinflussen können.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, penso che questa discussione non ci giunga inaspettata. Ritengo che tutti l'avevamo prevista e quasi ne conoscevamo il contenuto. E' proprio per questo che ritengo che tutti i partiti, che qui dentro operano, abbiano il dovere di dire qualche cosa in argomento, non tanto a difesa dell'operato del proprio partito, quanto per un esame obiettivo della situazione reale. Il discorso del collega Gouthier del Partito Comunista era stato già anticipato dalla stampa locale e quindi ne conoscevamo le linee generali. Il collega Gouthier è stato abbastanza fedele a quella impostazione di stampa ed ha ripetuto quell'accusa adombrata, e sulla stampa e in questa sede, alla quale ha già risposto per conto del proprio partito, cioè del Partito Socialista Italiano, il collega Sfondrini. Io vorrei dire soltanto che, per quanto concerne la mia parte, il Partito Socialista Democratico Italiano, non abbiamo e non ci sono sorti dubbi di questa natura e quindi non li condividiamo. Se i tempi lunghi dovessero convincerci soltanto lontanamente della possibilità che quel dubbio avanzato abbia un certo qual suo contenuto, noi evidentemente non esiteremo un minuto soltanto ad esprimerci con molta chiarezza e con molta decisione.

Quello che invece ritengo debba avere una parola chiara di risposta è la presa di posizione del collega Jenny, il quale mi pare abbia calcato la mano sul tema di una Giunta le cui trattative dovrebbero essere in un certo qual modo inconcludenti dal punto di vista squisitamente politico e viceversa dovesse adattarsi a quella che è la cosiddetta rappresentanza etnica di diritto voluta dallo Statuto per quanto concerne il gruppo etnico italiano. Devo dire francamente che questa affermazione non può essere certo accolta da parte del mio partito, se è vero come è vero, che in data 1. dicembre 1973, primi fra tutti — qualcuno potrebbe sorridere e dire: avevate una grande fretta forse perché siete stati assenti per cinque anni, e io concedo anche questa malignità — come comitato direttivo provinciale abbiamo varato un ordine del giorno nel quale chiedevamo con molta chiarezza la costituzione di una Giunta di centro-sinistra. Dicendo di centro-sinistra mi pare di dare a questa nostra richiesta ed a questa nostra aspettativa un preciso orientamento politico, un preciso quadro politico nel quale essa dovrebbe essere costituita e dovrebbe poi operare. Per cui rispondo al collega Jenny che da parte nostra non c'è nessuna volontà di fare delle trattative a vuoto che non giungano ad una precisa impostazione politico-program-

matica con estrema chiarezza e nessuna quindi volontà da parte nostra di entrare in Giunta in rappresentanza etnica. Sia chiaro tutto questo, perché non si venga a speculare su certe incertezze che possono manifestarsi nel corso di trattative lunghe, difficili, non certamente facili. Sono speculazioni che noi non possiamo accettare, così come anch'io, a difesa dell'operato del mio partito, devo dire in questa sede, in questo momento, che ripetutamente abbiamo posto l'accento sulla necessità di operare con una certa sollecitudine. Abbiamo manifestato apprensioni e ci siamo fatti interpreti di quelle che erano e che sono le aspettative del nostro elettorato ed in ultima analisi di tutte le popolazioni. Non è che noi ci siamo nascosti questa situazione; d'altro canto sentiamo sinceramente, e ritengo di poter dire questo potendolo anche documentare, che non ci sentiamo particolarmente responsabili di questa situazione, perché come tutti sanno, c'è stata una battuta di arresto assai lunga, una battuta d'attesa dopo la nostra richiesta espressa in data 1. dicembre 1973. Non è qui il caso che io analizzi questa situazione, né vada a ricercare le cause palesi o quelle segrete; resta il fatto però, signori, che adesso si è superata e direi assai bene, con una certa dignità, questa fase di avvio, questa fase iniziale, che presentava — lo ripeto ancora una volta — ostacoli vari, alcuni chiari, altri forse meno chiari, tanto che neppure noi sapevamo a che cosa realmente attribuirli. A me pare che giunti a questo punto, ammettendo l'urgenza di arrivare presto e bene, anche se il vecchio proverbio dice che non vanno assieme, ad una conclusione positiva, una conclusione cioè che possa rispondere veramente agli interessi di tutte le popolazioni della nostra provincia.

Devo dire che noi faremo certamente il nostro dovere per fare in modo che le conclusioni possano essere le più veloci possibili, se così possiamo definirle, ma soprattutto siano le migliori possibili. Questo, signori, compatibilmente con la complessità della trattativa stessa, dovuta a fattori molteplici esterni ed interni, in parte obiettivi o per la maggior parte obiettivi, in parte forse anche non del tutto obiettivi o non del tutto necessari, ripeto, compatibilmente con la complessità della trattativa noi faremo di tutto perché queste difficoltà siano superate da tutte le parti che oggi stanno trattando. Per parte nostra cercheremo di facilitare il superamento di esse. Riteniamo fino a questo momento di non aver dato modo e luogo a possibili critiche nel nostro comportamento e continueremo su questa strada nell'interesse collettivo. Penso che se saremo capaci di dare vita ad una coalizione valida sul piano politico e programmatico, in fondo arriveremo a dire che non si è perduto il tempo. Avremo tempo poi cinque anni

o poco meno per operare fruttuosamente nell'interesse di tutte le popolazioni dell'Alto Adige. Questo pensiero è quello che ci conforta ed è quello che ci consiglia di continuare serenamente ed in piena coscienza le trattative che sono iniziate e che sono iniziate sotto auspici, che io considero positivi. Per questo dichiaro che voterò a favore del rinvio.

RELLA (D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, dal momento che anche la Democrazia Cristiana è stata chiamata in causa in questa discussione, desidero fare alcune considerazioni su quelli che sono stati gli interventi delle opposizioni. Come in ogni regime democratico che si rispetti, da una parte c'è il governo, dall'altra l'opposizione. Al governo spettano delle responsabilità operative, spettano delle responsabilità di lavoro e dei doveri precisi con i quali deve fare salva la funzione democratica dell'esecutivo e garantire anche la funzione democratica dell'opposizione. Dall'altra parte c'è l'opposizione stessa, che può muoversi nell'arco della demagogia e dell'obiettività, a secondo della sua intelligenza e della sua capacità con la quale sa o può portare avanti una politica di opposizione. Per quanto ci riguarda desidero far notare a questo onorevole Consiglio come ai momenti di accordo o ai momenti di trattativa, per chi ha responsabilità di governo, corrispondano i momenti della critica e della possibilità della demagogia o dell'obiettività per l'opposizione. Noi siamo adesso in questi momenti.

Alle opposizioni di lingua tedesca, ai nuovi partiti di lingua tedesca, desidero dire come la Democrazia Cristiana non intenda dare un giudizio su di essi, perché sulla base di quelle idee programmatiche e di quelle idee politiche che sapranno esprimere nel corso della legislatura hanno il diritto di essere giudicati. Desidero ribadire, comunque, che per la Democrazia Cristiana il suo interlocutore naturale nel gruppo di lingua tedesca rimane la Südtiroler Volkspartei, anche perché con essa ha riscontrato delle affinità e delle piattaforme programmatiche largamente convergenti per la natura dei nostri partiti cristiani e popolari.

Vorrei sottolineare, infine, come da parte dell'opposizione di lingua italiana, e in questa sede mi riferisco soltanto a quella rilevante oggi del Partito Comunista Italiano, ci siano alcune valutazioni da fare in termini molto precisi e chiari. Quando il Partito Comunista Italiano vuole coinvolgere questo governo provinciale, nel momento in cui è alla ricerca di una piattaforma politica per la formazione di un governo, in un momento in cui per il nuovo Statuto di autonomia che ci viene dato in tutta la sua possibilità operativa, con senso di responsabilità va alla ricerca delle formule migliori perché si possa

partire bene e costruire ancora meglio, dico che non è giusto che il Partito Comunista coinvolga una situazione generale di congiuntura sfavorevole e di difficoltà che vanno dall'arco ideologico a quello economico non soltanto nella nostra provincia e non per colpa nostra in questo momento, ma che vanno nell'ambito di tutta la comunità nazionale, che superano i confini per coinvolgere in essa l'Europa ed il mondo intero. Voglio ricordare come sia demagogico al Partito Comunista fare un discorso di questo genere, quando dovrebbe pensare che i Partiti Comunisti europei stanno cercando insieme una via europea al comunismo nella quale l'ago della bilancia marxista in questi giorni sta compiendo dei sobbalzi pazzeschi.

Un'altra considerazione che desidero fare è che non è possibile accettare un discorso che non sia obiettivo quando, nell'ambito di una trattativa come quella che stiamo cercando di portare avanti, la responsabilità del governo e dell'esecutivo è tale da porli davanti ad una molteplicità di problemi che devono essere risolti nella maniera giusta, perché su di essi si possa costruire una operatività concreta, obiettiva, un'operatività che getti le basi di una legislatura che ha poche affinità con il passato, ma che ne ha tantissime di nuove, perché ora stiamo diventando un autentico governo nell'ambito della molteplicità delle competenze che ci sono state riconosciute dal nuovo Statuto di autonomia stesso.

Trovo anche contraddittorio il fatto che il Partito Comunista voglia già ora esprimere un giudizio su quello che farà il prossimo esecutivo. Quando il Partito Comunista dice che il prossimo esecutivo non saprà fare niente o non avrà niente da fare e già vuole così immobilizzarlo e dichiararlo incapace di produrre, vorrei pregare il Partito Comunista stesso di voler prendere nota di una mia reminiscenza classica, che in questo momento gli voglio regalare. Si legge in Svetonio che quando un àugure incontrava un altro àugure si metteva a sorridere.

GOUTHIER (Segretario — P.C.I.): Penso che questa discussione non sia stata inutile, anche se non altro, per conoscerci meglio. Dico subito che se c'è una cosa che a noi comunisti, a me personalmente fa un po' sorridere, è quella di sentirci insegnare cosa dobbiamo fare, cosa dobbiamo dire o addirittura qual'è il vero comunismo. Al collega Rella, che parla dei partiti comunisti europei, vorrei sottolineare come io non mi sentirei la persona più autorizzata ad entrare nell'esegesi della Bibbia. Lo riconosco, sarebbe una mia presunzione entrare in dispute teologiche, anche se ho — come il collega Rella sa — un illustre teologo come mio omonimo, S. Anselmo, che era una persona seria e molto intelligente, a quan-



to dicono. Ebbene, vorrei pregare il collega Rella a rimanere nelle sue competenze, perché le figure che poi si fanno sono figure non belle, anche perché gli posso dire che ho partecipato personalmente alla commissione esteri del comitato centrale per l'elaborazione della piattaforma della nostra posizione alla conferenza europea e che questa piattaforma, a mio avviso — e questo sì entra nella mia competenza —, rientra ed è ordinaria amministrazione rispetto alla tradizionale linea del nostro partito. A ciascuno il suo; nessuno di noi è un Leonardo da Vinci: a chi è comunista spetta di elaborare la politica dei partiti comunisti, a chi è democristiano spetta elaborare la loro politica. Certo, può anche discutere, ma i giudizi vanno dati con cautela e con modestia se vogliono essere giudizi esatti, pertinenti.

Per quanto riguarda la demagogia, è una parola questa che ricorre molto di frequente e penso anche che, tra i colleghi democristiani, il collega Rella a questo suo esordio sia stato il primo che abbia rivolto a me l'accusa di demagogia in nove anni di Consiglio provinciale.

Noi non nascondiamo che ci siano fattori esterni, fattori che travalicano le competenze della regione nella questione del carovita e così via. Leggiamo anche noi i giornali e probabilmente leggiamo meglio gli altri giornali che non la stampa di partito. Non sono cose che dobbiamo imparare da nessuno, però sappiamo benissimo, anche perché abbiamo letto lo Statuto di autonomia, che le competenze della Provincia sono molte, che è diventata una piccola repubblica, che ha competenze in materia di casa, di trasporti, di ospedali e così via. Noi chiediamo che si faccia una politica della casa, dei trasporti, della edilizia ospedaliera ecc., e non che la Provincia di Bolzano fissi il prezzo del rame, del cemento o del tondino.

Queste sono le osservazioni che volevo fare, quindi nessuna demagogia.

Per quanto riguarda l'esecutivo futuro non ho messo nessuna ipotesi, ma ho fatto soltanto delle previsioni che mi sembrano ragionevoli e che vi state dicendo anche voi nelle vostre trattative tra partiti di maggioranza, per il semplice fatto che queste osservazioni, che io ho fatto, sono state fatte da rappresentanti dei partiti di maggioranza a me stesso. Sono cose che si devono riconoscere e che derivano da un'analisi normale e non per nulla eccezionale della situazione. Non si tratta di prevedere il futuro, non si tratta di abbandonarsi a previsioni fantastiche, però mi sembra che anche un bimbo di asilo sa che i 21 miliardi dell'anno scorso non sono più i 21 miliardi di quest'anno.

Concludo con un'osservazione al collega Benedikter. Il suo è stato un discorso apparentemente cor-

retto, ma dal punto di vista politico e costituzionale pericoloso, perché dimostrerebbe in sostanza che tra nuova e vecchia Giunta le differenze sono assai limitate. Se fosse così potremmo addirittura chiudere i battenti, chiudere bottega: c'è la vecchia Giunta che fa tutto benissimo. Ma c'è un problema anche di migliorare quello che la vecchia Giunta ha fatto, che il vecchio Consiglio ha fatto, di modificare certe leggi, di modificare certi orientamenti, che noi giudichiamo sbagliati. Questo è il problema di fondo: non si tratta di fare purchessia, ma si tratta di fare il meglio possibile.

Il signor Presidente ed i colleghi sanno che non sono solito rispondere, anche perché la polemica fine a se stessa non ha senso, perché ritengo che il dibattito debba essere sempre ancorato il più possibile ad obiettività, a giudizi corretti e che sin dallo inizio sia bene che ci atteniamo a certi binari di correttezza, di fondatezza delle nostre argomentazioni.

DIETL (S.P.S.): Zwei Worte als Antwort zur Stellungnahme des Landeshauptmannstellvertreters Dr. Benedikter. Im übrigen, was die andere Sache betrifft, habe ich meine Feststellungen getroffen, denen nicht widersprochen werden können. Zu den Ausführungen von Dr. Benedikter, und zwar hinsichtlich seiner Feststellung, seiner Bestätigung, daß doch eigentlich alles in Ordnung sei, weil die Landesregierung ja im Wege der ordentlichen Verwaltung ihren Aufgaben gerecht geworden ist: Bitte, Tatsache ist, daß die Regierungsbank leer ist und der Landtag praktisch aktionsunfähig ist und folglich nur mit ganz gewöhnlichen Verwaltungsmaßnahmen gearbeitet wird. Daß dies zu wenig ist, dafür möchte ich lediglich ein Beispiel anführen. Wir alle kennen, und zwar bereits seit Wochen, die Misere und deren Folgen in jeder Hinsicht durch die Verknappung des Heizöls. Meine Frage: Warum hat auf diesem Gebiet der Regierungskommissär alles und der Landeshauptmann von Südtirol nichts zu melden? Und so nebenbei, warum ist es so, daß ein Herr Eisenkeil in dieser Hinsicht mehr zu melden hat als der Südtiroler Landeshauptmann?

GAMPER (S.V.P.): Als ich im Namen unserer Fraktion den Antrag auf Vertagung stellte, war ich der Meinung, daß über denselben zwar kurze Stellungnahmen erfolgen würden, daß man jedoch bald zur Abstimmung würde schreiten können, so wie dies in Trient im Regionalrat der Fall war. Inzwischen hat sich herausgestellt — es war an und für sich zu erwarten, doch sicher nicht in dieser Form und in diesem Ausmaß —, daß man die Gelegenheit benützt hat, um über alles, doch sagen wir es ganz offen, konkret über sehr wenig, und sicher zum gu-

ten Teil an der falschen Stelle und zum falschen Zeitpunkt zu sprechen. Ich habe volles Verständnis dafür, daß die Opposition die Gelegenheit wahrnimmt, um angebliche, vermutliche Mängel, Unterlassungen der Mehrheit aufzuzeigen. Kollege Rella hat richtig bemerkt, wir müssen es den Oppositionsparteien überlassen, welche Form, welchen Weg der politischen Tätigkeit sie hier in diesem Saal, in dieser gesetzgebenden Körperschaft einschlagen und beschreiten wollen. Und wenn sie die Demagogie von der Straße hierher verlegen wollen, so ist dies ihr heiliges Recht es zu tun, soweit unsere Geschäftsordnung dies zuläßt. Fast habe ich den Eindruck, und sicher, wir haben auch dafür Verständnis, als wollte Dr. Jenny mit seiner vehementen Intervention das hier leider fast unterkühlte Klima wieder anheizen und dadurch eine Unterlassung, die der Präsident eingangs erwähnt hat und für welche er in aller Form um Entschuldigung gebeten hatte, wiedergutmachen. Jenny wollte also das Klima anheizen. Eines jedoch muß hier von vornherein geklärt werden, Kollege Neuhauser hat richtig bemerkt: es ist unser Bemühen, in einer sachlichen, objektiven, fairen Diskussion die verschiedenen Standpunkte darzulegen, Meinungsverschiedenheiten auszutragen, um dann eben jene Maßnahmen zu treffen, die für den Fortschritt, und nicht für die Verhetzung, unseres Volkes notwendig sind. Auf bestimmte Ausdrücke und auf bestimmte Äußerungen wollen wir, aus Respekt, den der Herr Präsident diesem Gremium verleihen möchte, und den zu bewahren wir unserer Bevölkerung schuldig sind, nicht eingehen. Auf die Gasse und in die Gosse begeben wir uns nicht! Sicher war es für uns alle angenehm, festzustellen, daß Herr Kollege Dietl immer noch fleißig den „Volksboten“ liest, — ich möchte nicht unterstellen, daß ein besitztes Heimweh nachklingt oder durchklingt. Wir haben auch dafür Verständnis, daß die Oppositionsparteien, unsere Oppositionsparteien, hier erst zu sich finden müssen, ihren Weg finden müssen. Deshalb, glaube ich, können wir auf bestimmte Attacken nicht eingehen, wir wollen darüber hinweggehen. Man kann fehlen, vor allem kann man dann fehlen, wenn man die Dinge in einer sachlichen Diskussion auf die persönliche Ebene stellt. Etwas jedoch muß hier klargestellt werden, um eine irri- ge Meinung der Bevölkerung zu klären bzw. auszuräumen. Es wird hier der Eindruck erweckt, als ob es in der Hand des Südtiroler Landtages oder der Südtiroler Landesregierung läge, die weltweite Energie- und Wirtschaftskrise und die Inflation aufzuhalten bzw. in den Griff zu bekommen. Wenn dem so wäre, dann glaube ich, würden wir von heute auf morgen die Hauptstadt Europas werden, von Brüssel würde man sich hierher verlegen. Wir allen wissen, wie

hart und wie zäh gerungen wird, um diese Krise zu überwinden.

Herr Kollege Dr. Benedikter hat klargestellt, daß die Landesregierung aufmerksam und verantwortungsbewußt ihre Pflicht getan hat. Und auch hier, man soll nicht die Zuständigkeiten des Regierungsvertreters — und das ist nun einmal der Regierungskommissär — mit jenen Zuständigkeiten verwechseln, die der Landesregierung leider noch fehlen.

Aus den Äußerungen unserer Oppositionsredner müßte man den Schluß folgern: Was immer getan wird, wie immer man es auch macht, man macht es falsch. Einmal wirft man uns vor, es wird zu wenig getan, ein anderes Mal wird uns vorgeworfen, wir hätten dies und jenes im sogenannten Amtsmißbrauch vorgenommen, — weil der Termin von der Regierung so kurz gesetzt war. Eigentlich müßten wir alle Herrn Landeshauptmannstellvertreter Doktor Benedikter dankbar sein, daß er und seine Kollegen, anstatt Weihnachtsferien zu machen, sich hingesetzt und diese Arbeit vorgenommen, termingerecht eingereicht und somit auch die Interessen des Landes vertreten haben.

Der zweite Punkt, der hier immer wieder durchgeklungen ist, bezieht sich auf die Verzögerung der Bildung der Landesregierung. Sehen Sie — wollen wir es doch vorwegnehmen —, wenn es so wäre, wie es uns die Oppositionsparteien vorwerfen, dann könnten sie uns fürwahr wenig demokratisches Empfinden und wenig demokratischen Sinn vorwerfen. Sie sagen: Ihr habt ja die absolute Mehrheit, bildet doch die Regierung. Jawohl, meine Herren, es sind hier bestimmte Parteien vertreten, die, wenn sie hier die Macht hätten, sicher keine Schwierigkeiten hätten, sofort eine Regierung zu bilden; dann hätte es bestimmt keine so lange Diskussion gegeben, dies wäre nicht einmal möglich gewesen. Ich glaube, sapienti sat! Es sind jedoch sachliche Argumente, die tatsächlich zu einer Verzögerung geführt haben.

Man hat darauf hingewiesen, daß im Jahre 1968 zum ersten Mal ein Programm erarbeitet wurde. Das stimmt. Doch auch nach den Wahlen von 1968 wurde erst am 17. Februar 1969 die Landesregierung gebildet. Und wir können und dürfen nicht übersehen, daß die Sachgebiete in entscheidendem Masse ausgeweitet wurden, und daß laut Verfassungsgesetz noch weitere Sachgebiete übernommen und auf das Land übergehen werden. Auch bestehen mehrere Parteien. Es ist klar, daß dies alles auch mit ins Gewicht fällt bei der Bildung einer Landesregierung. Und es ist eine Unterstellung, anders kann man es nicht bezeichnen, wenn behauptet wird, daß man die Kontrollfunktion des Südtiroler Landtages bei Regierungsbildungen ausschalten will. Es wurden so-

gar — dies wurde hier auch bescheinigt — alle hier vertretenen Abgeordneten, soweit sie eine Partei vertreten, angehört, zum ersten Mal, wie ich glaube und sie konnten ihren Standpunkt vortragen. Wenn man dies nur als eine formelle Geste bezeichnet, dann ist das auch ein Begriff, der unter demokratisch Denkenden zu klären ist. Von seiten der Einladenden war es mehr als nur eine formelle Geste, es war das korrekte Angebot, den Standpunkt vorgetragen zu erhalten. Wenn der Gesprächspartner dies nicht ernst genommen hat, dann möchte ich keinen Schluß daraus ziehen, wie ernst er überhaupt das demokratische Leben nimmt.

Nun aber zum Vorwurf, im Endeffekt handle es sich lediglich um ein Feilschen um Posten und Plätze. Wenn es sich nur darum handeln würde, dann — wir können es offen sagen — hat die Fraktion der Südtiroler Volkspartei zwischen Bozen und Trient so viele Plätze zu besetzen, daß sie keine Schwierigkeiten hätte, dies sofort über die Bühne zu bringen. Das ist nicht das Thema. Das Thema ist ein anderes, und zwar, daß wir endlich eine Plattform der politischen Zusammenarbeit finden. Doch diese können wir nur auf Grund eines erarbeiteten Programmes finden. Und sehen Sie, Herr Kollege Gouthier, ein Regierungsprogramm, ein Koalitionsabkommen ist in erster Linie im Interesse des wirtschaftlich Schwächeren, des sozial Gefährdeten, und nicht des Reichen. Der weiß sich, wenn schon, anders zu behelfen. Ein Programm ist aber auch im Interesse einer stabilen Regierung. Wir wollen ja für fünf Jahre eine gesunde und handlungsfähige Landesregierung haben. Und dazu braucht man ein Programm, braucht man ein Koalitionsabkommen. Deshalb ist es eine reine sachbezogene Diskussion.

Es ist eigenartig, daß unsere Kollegen von den deutschsprachigen Parteien nur die S.V.P. ins Gebet genommen haben. Wir nehmen das zur Kenntnis. Doch dies ist sicher nicht der Stil und nicht die Methode, wie man am besten der gesamten Volksgruppe und — ich füge es sofort hinzu — allen hier lebenden Volksgruppen dienen kann. Klare Verhältnisse sind die erste und unerläßliche Voraussetzung für ein ersprießliches und gutes Zusammenarbeiten und auch Zusammenwirken der verschiedenen Volksgruppen. Unser oberster Grundsatz ist deshalb: Klarheit in den Beziehungen, Respektierung des Partners und seiner Erfordernisse, seiner Notwendigkeiten. Wir können dies auch mit dem alten römischen Rechtsgrundsatz formulieren: „Suum cuique tribuere, honeste vivere, neminem laedere.“ Das ist der Rechtsgrundsatz und das politische Programm, das auch für uns noch Gültigkeit und Verbindlichkeit haben muß.

Sehen Sie, wir haben — auf Grund der bestehen-

den neuen Ordnung — noch viele heiße Eisen anzugehen und haben, im Interesse der Gesamten Bevölkerung, ein Programm zu entwickeln, das eine gesunde wirtschaftliche, kulturelle und soziale — und betrachten Sie diese drei Benennungen nicht als Rangordnung, sondern nur numerisch —, also ein Programm, um es jetzt anders zu formulieren, das eine gesunde soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unserer Landes gewährleistet. Und auch hier gilt der Grundsatz: Gut Ding braucht gut Weil', überstürzt schadet.

JENNY (S.F.P.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz kurz einige Klarstellungen von seiten der Sozialen Fortschrittspartei Südtirols. Es ist weder mein Stil, noch unsere Aufgabe, die etwas unterkühlte Atmosphäre hier anzuheizen. Ich bin auch nicht imstande, so aus dem Stegreif, lateinische Zitate herunterzusagen. Die Frage, die hier aufgeworfen worden ist und die einen gewissen Stil betrifft, die wollen wir jedoch gleich beantworten. Herr Gamper hat sich die Sache sehr leicht gemacht, indem er gesagt hat: auf demagogische Auswüchse gehen wir gar nicht ein. Ich möchte hier etwas bemerken. Mit dieser Ausrede geht man seit fünfundzwanzig Jahren einer Diskussion über den pluralistischen Status der Südtiroler Gesellschaft aus dem Wege. Ich hoffe, daß dies nicht der Still des Sprechers der S.V.P. in Zukunft werden wird. Wenn man glaubt, mit ein paar leichtfertigen Bemerkungen über Fragen hinwegzuhegen, die die Bevölkerung interessieren, so möchten wir sagen, daß wir dieser Argumentation und dieser Entwicklung entschieden entgegentreten werden. Es sind hier einige Dinge gesagt worden, die einer Korrektur bedürfen. Und, wie gesagt, es geht hier nicht um spitzfindige Zitate. Es geht um Meinungen die in der Bevölkerung geäußert werden, es geht um Prinzipien, die wir, jeder als politische Vertreter gegenüber der Bevölkerung vertreten. Es geht auch um die Pragmatik einer politischen Arbeit.

Es ist hier gesagt worden: Demagogie und Volksverhetzung. Ich möchte entschieden widersprechen. Wenn, leider, in den vergangenen Jahren die Volksverhetzung betrieben worden ist — und wir können weit zurückgreifen —, so ist sie sicherlich nicht von uns demokratischen Sozialisten betrieben worden, sondern leider von der Südtiroler Volkspartei. Und die schlechten Erfahrungen, die in einem bestimmten Jahr, im Jahr 1961, gemacht worden sind, sollten Sie daran erinnern, mit solchen Argumenten sehr vorsichtig und sparsam umzugehen. Das ist klar: Wer von Volksverhetzung spricht, der muß wissen, was in der Vergangenheit passiert ist, wer sie betrieben hat, und wo sie geendet hat, und wer

dafür bezahlt hat! Das sollte man ganz klar und deutlich auch in diesem Saale sagen.

Die Frage, die sich hier erhebt, ist jedoch eine sachliche Frage. Es ist eine Frage, die, jenseits jeder Polemik, die Bevölkerung interessiert. Die Frage, ob die Landesregierung in dieser Situation eine Funktion hat, — und nachdem wir ein Autonomiestatut haben, das eine Erweiterung der Kompetenzen mit sich bringt, hoffe ich, daß man diese Frage mit Ja beantworten kann. Wenn man hier gesagt hat, daß es gewisse Fragen zu klären gibt, so handelt es sich dabei doch um Fragen, die die breite Bevölkerung interessieren. Darüber müßte man reden. Deswegen ist eine Diskussion im Landtag äußerst notwendig. Deshalb sollte man nicht Monate vergehen lassen, die unberechtigt sind. Man sagt hier wieder, man müsse ein Programm erstellen. Freut mich, sehr gut, ein Programm. Doch es ist nicht wahr, was Herr Gamper gesagt hat: daß ein Programm im Interesse der finanziell Schwachen sei, keineswegs! Ein Programm kann auch im Interesse bestimmter Gruppen gemacht werden. Ein Programm kann sogar das Gegenteil von dem sein, was er hier behauptet hat. Dieses Programm jedoch muß rechtzeitig, frühzeitig, möglichst frühzeitig, dem Gremium präsentiert werden, das darüber zu befinden hat. Das ist die Aufgabe. Wir vertreten die Interessen der Bevölkerung. Wir haben darüber zu entscheiden. Nicht in den Parteikanzleien allein können solche Programme beurteilt werden. Sie werden dort gemacht, sie werden dann vertreten, aber sie müssen dorthin kommen, wo die Vertreter des Volkes sitzen und wo sie zu befinden haben. Ich möchte hier schärfstens den Vorwurf zurückweisen, daß nur die Oppositionsparteien die heutige Diskussion sozusagen heraufbeschwören, um ein bißchen Trara zu machen, um ein bißchen in die Presse zu kommen, um ein bißchen die S.V.P. anzugreifen. Absolut nicht. Wenn Ihr selber, diejenigen, die hier die politische Verantwortung tragen, nicht versteht, daß die Bevölkerung von Euch Taten erwartet, dann sind es wir, die Euch daran erinnern müssen.

Es hat geheißen: Energiekrise, wir haben damit nichts zu tun. Darf ich etwas sagen. In den vergangenen zwanzig Jahren war es eine der Ausflüchte der S.V.P., daß sie für nichts zuständig sei. Einmal waren die Trentiner schuld, einmal war die Zentralregierung schuld, einmal war weiß Gott wer schuld. Jetzt ist diese Ausrede vorbei. Jetzt müssen die Herren für das gerade stehen, was hier passiert, sie müssen sich entscheiden. Und die Opposition hat, im Interesse des Südtiroler Volkes das Recht und die Aufgabe, die Kontrollfunktion auszuüben. Ich verstehe, daß es für die S.V.P. ein schwieriger Lernprozeß sein muß. Nachdem man zwanzig Jahre lang unum-

schränkt und autoritär regiert hat und immer vorgibt, die Interessen aller Südtiroler zu vertreten, muß es ein schwerer, begreiflicher — sogar ärztlich-medizinisch begreiflicher — Schock sein, daß man sich nicht gleich darauf einzustellen weiß. Herr Gamper selber hat gesagt: Gut Ding braucht Weil. Und wir hoffen, und wir erwarten, daß sich die Herren darauf einstellen. Daß sie sich auf diejenigen Regeln, einstellen, die eben in der Demokratie üblich sind, und die die Anfragen der Opposition nicht als unnötige Demagogie, sondern als Sachbeitrag für eine Diskussion ansehen. Das ist kurz dazu zu sagen. Auch wir wollen den Fortschritt. Doch über den Inhalt dieses Fortschrittes gilt es zu diskutieren. Man muß darüber diskutieren, welche Grundsätze man hat. Ich glaube, es ist höchste Zeit, daß man darüber spricht. Unsere Forderung, daß man nicht den Monat Februar noch vergehen lassen soll, sondern daß man raschestens an die Arbeit gehen können sollte, entspricht dieser Überlegung: in einer Zeit, die sich sehr stark wandelt, wo wirtschaftliche und soziale Probleme immer akuter werden, und darüber glaube ich sind sich im wesentlichen alle einig, kann man die Dinge nicht schleifen lassen, — wie ich bereits in meiner ersten Intervention gesagt habe. Wir wünschen Klarheit, jawohl; wir sind die ersten, die Klarheit verlangen. Diese Klarheit jedoch kann es nur geben indem die eventuellen Regierungspartner uns das Programm vorlegen.

Noch ein letztes Argument, welches berührt worden ist. Ich hatte gesagt, daß ich vom Obmann der S.V.P. empfangen worden sei, und daß ich dies als formelle Geste betrachte. Man hat mir diesen Ausdruck mit „Mangel an Seriösität“ angelastet. Ich möchte hier klarstellen: Diese Feststellung, daß ich nur formell eingeladen sei, ist in einem der ersten Sätze getroffen worden, die Herr Dr. Magnago anläßlich meines Besuches bei ihm gesagt hat. Deswegen möchte ich Herrn Gamper bitten, sich weiterhin mit seinem Gesprächspartner zu unterhalten und dieses Gespräch mit ihm abzuklären. Nicht ich habe gesagt, daß es sich um eine formelle Geste handle, sondern ich war zutiefst erstaunt, daß ich eingeladen werde, daß man mir jedoch gleich, kaum daß ich mich hingesezt habe, sagt, daß es sich um ein reines Höflichkeitsgespräch handle, noch dazu nicht einmal als Vertreter meiner Partei, sondern lediglich als Vertreter im Landtag. Ich werde das in Zukunft nicht hinnehmen, — ich habe das Herrn Doktor Magnago damals bereits gesagt. Ich bitte also, hier klar zu unterscheiden, wie das aufzufassen ist. Dieser Stil wird von der Sozialen Fortschrittspartei nicht hingenommen. Und ich glaube auch nicht, daß er wirklich den demokratischen Gepflogenheiten entspricht.

MAGNAGO (S.V.P.): Ich möchte Herrn Dr. Jenny sagen, ich werde in Zukunft sehr vorsichtig sein, wenn ich mit ihm spreche, nachdem er hier wieder alles ausquatscht.

PRÄSIDENT: Der Abg. Mayr hat das Wort. Ich bitte um Entschuldigung, er hatte sich vorher bereits gemeldet gehabt.

MAYR (S.V.P.): Ich verzichte, damit wir nicht noch mehr Zeit verlieren.

PRÄSIDENT: Ich möchte grundsätzlich feststellen, daß man nicht von Zeitverlust sprechen kann, wenn im Landtag diskutiert wird. Ich bin der Meinung, daß jeder Abgeordnete das Recht hat, seinen Standpunkt im Landtag darzulegen, und zwar in der Weise, die er für richtig hält. Also, ich bezeichne eine verlängerte Sitzung nicht unbedingt als Zeitverlust, nachdem wir doch die Einstellung haben, daß der Landtag das höchste, gesetzgebende Gremium des Landes ist.

Wünscht noch jemand das Wort? Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Niemand.

Ich erlaube mir, folgenden Vorschlag zu machen. Bevor wir über den Vorschlag der S.V.P.-Fraktion abstimmen, sollten wir den Punkt 15 der zusätzlichen Tagesordnung behandeln, damit auch der Abg. Pasqualin in die Lage versetzt wird, an der Abstimmung teilzunehmen: seine Vereidigung muß nachgeholt werden, weil er bei der Vereidigung der Landtagsabgeordneten wegen Krankheit abwesend war. Wenn keine Einwände gemacht werden, dann können wir diesen Punkt vorverlegen.

Punkt 15 der Tagesordnung: „**Vereidigung des Landtagsabgeordneten Rag. Valentino Pasqualin**“.

Punto 15) all'ordine del giorno: „**Giuramento del consigliere provinciale Rag. Valentino Pasqualin**„.

Ich bitte den Landtag, sich zu erheben. Pronuncio la formula di giuramento: *“Giuro di essere fedele alla Repubblica e di esercitare il mio ufficio al solo scopo del bene inseparabile dello Stato e della Provincia„*.

PASQUALIN Valentino (D.C.): Giuro.

PRÄSIDENT: Grazie. Danke schön.

Ich möchte den Vorsitzenden der S.V.P.-Fraktion fragen, ob er daran gedacht hat, daß auch die übrigen Punkte mit Punkt 7 zusammenhängen, der vertagt werden soll. Ich möchte mir erlauben, vorzuschlagen, auch Punkt 14, „Anfragen und Interpellationen“, zusammen mit den übrigen Punkten zu vertagen.

GAMPER (S.V.P.): Wir beantragen den Punkt 7 und alle nachfolgenden Punkte zu vertagen.

PRÄSIDENT: Nein, nicht alle nachfolgenden Punkte. Wir haben noch zwei Punkte, Anfechtungen betreffen, die heute behandelt werden sollen. Ich präzisiere, es wird über die Vertagung der Punkte 7 bis einschließlich Punkt 14 abgestimmt.

DIETL (S.P.S.): Wenn auch der Abg. Mayr glaubt, daß viel Zeit verlorengelassen, zu Punkt 14 muß ich doch eine Frage stellen, — übrigens habe ich diese Frage bereits bei der Vorsprache — ich möchte nichts Näheres hinzufügen —, die uns Herr Dr. Magnago als Obmann der Südtiroler Volkspartei gewährt hat, aufgeworfen. Ich glaube, jetzt ist diese Frage durch den Herrn Präsidenten zu klären. Ich glaube, folgendes feststellen zu müssen. Im Jahre 1968 damals war ich zwar nicht Mitglied des Regionalrates bzw. des Landtages — haben wir auch eine lange Zwischenzeit gehabt zwischen der ersten Sitzung des Landtages und der Bildung der Landesregierung. Damals hat es keine Anfragen gegeben. Diesmal müssen wir feststellen, daß es praktisch Anfragen regnet, in der Zwischenzeit sogar eine Interpellation. Ein Landtagsabgeordneter hat sogar an einem Tag 14 Anfragen und eine Interpellation eingebracht, und zwar am 9. Jänner. Jetzt frage ich mich: Hat es einen Sinn, daß zu einer Zeit, wo der Landtag praktisch nicht funktionsfähig ist, wo keine Regierung besteht — die Regierungsbank ist leer —, hat es da einen Sinn, Anfragen einzubringen, und damit indirekt den Eindruck zu erwecken, als ob die Regierung praktisch weitermarschiere, als ob alles in Ordnung wäre und der Landtag funktionieren würde? Das ist der Eindruck, der in der Öffentlichkeit entsteht, — die „Dolomiten“ veröffentlichen bestimmte Anfragen ja sehr gerne! Dazu kommt noch der Umstand, daß die Anfragen, welche in der Zeit eingebracht worden sind, in welcher wir keine Regierung haben, fast ausschließlich von Mitgliedern der Regierungspartei, hauptsächlich aus der S.V.P. heraus gestellt wurden. Auch wir hätten Material und Argumente genug. Wir haben uns bisher an die Linie gehalten, die den demokratischen Spielregeln entspricht, und auch andere Kollegen der Opposition haben dies getan: solange nicht eine Regierung besteht, solange, folglich, der Landtag nicht funktioniert, hat es keinen Sinn, den Eindruck zu erwecken — der irreführend ist —, auf Grund der Anfrage an bestimmten Maßnahmen Kritik zu üben, — Maßnahmen, die nicht ergriffen werden können, weil keine Regierung besteht. Es können keine Anregungen gemacht werden, weil sie im Landtag nicht behandelt werden können, und es können auch keine Aufklä-

rungen verlangt werden. Die Antwort ist letzten Endes bereits gegeben worden. Allein die Tatsache, daß der SVP-Sprecher, wiederum der SVP-Sprecher, verlangt, daß alle Punkte, einschließlich des Punktes 14, vertagt werden sollen, zeigt, daß sämtliche Anfragen, die bisher gestellt worden sind, fehl am Platz waren. Nur möchte ich dann hoffen — damit in der öffentlichen Meinung endlich einmal Klarheit herrscht —, daß nicht unterschieden wird zwischen den „fleißigen“ Abgeordneten, die brav Anfragen einbringen, und jenen, die keine Anfragen einbringen; die deshalb keine Anfragen einbringen, weil sie den demokratischen Verhältnissen heute noch nicht entsprechen. Damit ist letzten Endes gesagt worden, wie die Dinge liegen. Ich möchte nur noch den Herrn Präsidenten ersuchen, irgend etwas unternehmen zu wollen: entweder die Anfragen zurückzuschicken, oder klarzustellen, daß, solange keine Regierung besteht, es keinen Sinn hat, Anfragen einzubringen; Anfragen, die ihrem Sinn entsprechend, als Kritik, als Aufklärungsfrage, als Anregung für Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, eingebracht werden.

MAYR (S.V.P.): Der Herr Abg. Dietl hat in erster Linie den Herrn Präsidenten des Landtages angesprochen. Ich werde mir gelegentlich erlauben, Stellung zu beziehen, um ihm als gewesenen Parlamentarier einmal klarzulegen, welchen Wert eine parlamentarische Anfrage überhaupt haben kann, auch zu einem Zeitpunkt, wo eine geschäftsführende Regierung besteht.

PRÄSIDENT: Zu dem, was Herr Abg. Dietl gesagt hat, möchte ich grundsätzlich feststellen daß der Präsident natürlich nicht verhindern kann, daß Anfragen gestellt werden. Meiner Meinung nach wäre es absolut nicht unzulässig, wenn die amtsführende Landesregierung, im Rahmen der ordentlichen Verwaltung, auf gestellte Anfragen Antwort erteilen würde. Das ist mein Standpunkt. Es sei denn, die Anfrage bezieht sich auf Argumente, die der zukünftigen Landesregierung überlassen bleiben.

Es ist nun die Abstimmung über die Vertagung der Punkte 7 bis einschließlich 14 vorgesehen. Ich bitte, über diesen Vorschlag abzustimmen. Wer für die Vertagung stimmt, möge die Hand erheben. Die Vertagung ist mit Mehrheitsbeschluß angenommen.

Wir schreiten nun zu Punkt 16 der Tagesordnung: „**Rekurs an den Verfassungsgerichtshof gegen die Gesetze vom 25. Mai 1970, Nr. 381 und Nr. 382, und Gesetz vom 30. März 1971, Nr. 118 - Verzicht.**“

Punto 16) all'ordine del giorno: „**Ricorso alla Corte Costituzionale, leggi 25 maggio 1970, n. 381 e 382, e 30 marzo 1971, n. 118 - rinuncia.**“

Ich verlese den Beschluß in italienischer Sprache

(Beschluß des L.A. vom 3. Dezember 1973, Nr. 5026 - Delibera della G.P. di data 3 dicembre 1973, n. 5026):

— *Vista la delibera della Giunta provinciale n. 342 del 7 febbraio 1972, registrata presso la Corte dei Conti in data 21 febbraio 1972, registro n. 4, foglio n. 67, con la quale la Giunta provinciale ha deliberato di approvare, per quanto di propria competenza, la proposta di delibera di impugnazione davanti alla Corte Costituzionale di disposizioni di legge ed atti aventi forza di legge, tra cui, fra l'altro, degli articoli 2 della legge 25 maggio 1970, n. 381; 9 della legge 27 maggio 1970, n. 382, e 6 della legge 30 marzo 1971, n. 118, concernenti l'assistenza economica ai ciechi, ai sordomuti ed agli invalidi civili, per violazione dell'art. 5, punto 25, della legge costituzionale 10 novembre 1971, n. 1, e dell'art. 13 legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5;*

— *Vista la delibera del Consiglio provinciale di Bolzano n. 1/187 del 15 febbraio 1972;*

— *Tenuto conto che l'istituto delle norme di attuazione è stato elaborato con riferimento al trasferimento di funzioni dallo Stato alle Regioni, e non può quindi essere trasferito automaticamente anche ai rapporti tra Regione e Provincia;*

— *Considerato peraltro che il problema si risolverà automaticamente con l'effettiva assunzione delle funzioni da parte della Provincia e che, da questo punto di vista, una sentenza preventiva da parte della Corte Costituzionale non sarebbe di giovamento;*

— *Considerato che in materia dell'assistenza ai sordomuti, ai ciechi, agli invalidi civili successivamente alla proposizione del ricorso è stata pubblicata la sentenza della Corte Costituzionale 24 luglio 1972, n. 132, che si ispira a principi contrari a quelli invocati dalla Provincia;*

— *Tenuto conto che la sentenza citata riguarda le sole Regioni a Statuto ordinario, nei confronti delle quali sono in corso da parte delle maggiori forze politiche nel Parlamento iniziative di legge-quadro per riconoscere a loro la comprensiva competenza in materia di assistenza sociale, dimodoché conviene cogliere il momento della interpretazione evolutiva della competenza, sia delle Regioni a Statuto ordinario, sia di quelle a Statuto speciale, nella sede più adatta, cioè della commissione paritetica per le norme di attuazione,*

#### LA GIUNTA PROVINCIALE delibera

all'unanimità di voti, legalmente espressi:

— *di rinunciare al ricorso davanti alla Corte Costituzionale di cui all'oggetto per i motivi sopra esposti;*

— *di incaricare il Presidente della Giunta provinciale di prendere i provvedimenti in merito.*

— *Nach Einsichtnahme in den Beschluß der Landesregierung vom 7. Februar 1972, Nr. 342, registriert beim Rechnungshof am 21. Februar 1972, Register 4, Blatt 67, mit dem die Landesregierung beschlossen hat, im Rahmen ihrer Zuständigkeit den Beschlusantrag zur Anfechtung von Gesetzesbestimmungen und Maßnahmen mit Gesetzeskraft beim Verfassungsgerichtshof zu genehmigen, und zwar unter anderem den Art. 2 des Gesetzes vom 25. Mai 1970, Nr. 381, den Art. 9 des Gesetzes vom 27. Mai 1970, Nr. 382, und den Art. 6 des Gesetzes vom 30. März 1971, Nr. 118, betreffend die finanzielle Fürsorge zugunsten der Blinden, der Taubstummen und der Zivilinvaliden wegen Verletzung des Art. 5, Z.25 des Verfassungsgesetzes vom 10. November 1971, Nr. 1, und des Art. 13 des Verfassungsgesetzes vom 26. Februar 1948, Nr. 5;*

— *Nach Einsichtnahme in den Beschluß des Südtiroler Landtages vom 15. Februar 1972, Nr. 1/187;*

— *In Anbetracht dessen, daß die Durchführungsbestimmungen im Zusammenhang mit der Übertragung der Befugnisse vom Staat auf die Regionen ausgearbeitet wurden und sie folglich nicht unmittelbar auch auf die Beziehungen zwischen Region und Provinz übertragen werden können;*

— *In Anbetracht überdies, daß mit der tatsächlichen Übernahme der Befugnisse seitens des Landes sich das Problem von selbst lösen wird und daß unter diesem Gesichtspunkt ein vorheriges Urteil des Verfassungsgerichtshofes nicht von Nutzen sein würde;*

— *Nach Feststellung, daß auf dem Sachgebiet der Fürsorge die Taubstummen, die Blinden und die Zivilinvaliden nach Einbringung des Rekurses das Urteil des Verfassungsgerichtshofes vom 24. Juli 1972, Nr. 132, veröffentlicht worden ist, das sich an einen Grundsatz lehnt, der dem Grundsatz, auf den sich das Land beruft, widerspricht;*

— *In Anbetracht dessen, daß das genannte Urteil nur die Regionen mit Normalstatut betrifft, für welche von seiten der maßgebendsten politischen Kräfte im Parlament Vorhaben für Rahmengesetze vorbereitet werden, um den Regionen die Zuständigkeit auf dem Gebiet der Sozialfürsorge zuzuerkennen, so daß es zweckmäßig erscheint, diese Gelegenheit der Evolutionstendenz in der Auslegung des Begriffes der Zuständigkeit sowohl der Regionen mit Normalstatut, als auch jener mit Sonderstatut an geeigneter Stelle zu nützen, und zwar in der für die Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen beauftragten paritätischen Kommission;*

*beschließt*

## DIE LANDESREGIERUNG

*mit Stimmeneinhelligkeit:*

— *aus den oben angeführten Gründen auf die gegenständliche Einbringung des Rekurses beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten;*

— *den Landeshauptmann damit zu beauftragen, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.*

Wünscht jemand eine Erläuterung zu diesem Verzicht auf Anfechtung? Niemand. So schreiten wir zur Abstimmung. Wer mit diesem Beschluß einverstanden ist, möge die Hand erheben: einstimmig angenommen.

Punkt 17 der Tagesordnung: „Anfechtung vor dem Verfassungsgerichtshof des Staatsgesetzes vom 18. Dezember 1973, Nr. 880, betreffend Lokalisierung der Elektro-Erzeugungsanlagen.“

Punto 17) all'ordine del giorno: „Impugnazione avanti la Corte Costituzionale della legge 18 dicembre 1973, n. 880, concernente la localizzazione degli impianti per la produzione di energia elettrica.“

Ich verlese den Beschluß des L.A. vom 14. Jänner 1974, Nr. 104 (Delibera della G.P. di data 14 gennaio 1974, n. 104):

La Giunta provinciale, premesso quanto segue: in data 7 gennaio 1974, è stata pubblicata sulla Gazzetta Ufficiale la legge 18 dicembre 1973, n. 880: „Localizzazione degli impianti per la produzione di energia elettrica“. Con questa legge la decisione fondamentale sulla localizzazione di nuovi impianti termici per la produzione di energia elettrica e sulla localizzazione e costruzione delle reti di trasporto ad alta tensione, viene demandata al Comitato interministeriale per la programmazione economica d'intesa con la Commissione consultiva interregionale per la programmazione economica nell'ambito delle linee fondamentali dell'assetto del territorio nazionale identificate secondo un procedimento stabilito nei decreti delegati per le regioni a statuto ordinario dal Presidente del Consiglio dei Ministri su proposta del Ministro dei lavori pubblici. Il CIPE approva programmi pluriennali di costruzione con indicazione delle aree geografiche nelle quali sia opportuna o conveniente la localizzazione degli impianti. Così dispongono gli artt. 1 e 2 della legge senza alcuna deroga in relazione alle Regioni ed alle Provincie a Statuto speciale. Soltanto all'art. 3, ove si passa alla determinazione concreta dell'area destinata alle costruzioni da parte della Regione, d'intesa con i Comuni interessati è stato inserito l'inciso „fatti salvi i poteri delle Regioni a Statuto speciale...“. Questi poteri, così come sono impostati dalla legge, possono derogare al massimo a quanto stabilito nell'art. 3, cioè si applicherebbero le leggi regionali per quanto con-

cerne l'art. 3, in ordine alla scelta concreta dell'area ed agli adempimenti da parte del Comune, mentre rimarrebbe ferma la decisione da parte del CIPE, in mancanza della decisione della Regione, nonché le competenze del ministro all'Industria e Commercio e della Commissione centrale contro l'inquinamento atmosferico integrata dal Presidente della Regione interessata, dei ministri della Pubblica Istruzione, della Sanità e dell'Ambiente, sentito il Presidente della Regione interessata, previste agli artt. 4 e 5 della legge.

Con questa impostazione viene lesa la competenza autonoma della Provincia di Bolzano nelle materie "tutela e conservazione del patrimonio storico, artistico e popolare,;

"urbanistica e piani regolatori,;

"tutela del paesaggio,;

"incremento della produzione industriale, e "igiene e sanità,;" così come questa competenza è stata attuata con le norme di attuazione e con leggi provinciali.

In particolare non è applicabile alla Provincia autonoma di Bolzano l'art. 9 del D.P.R. 15. 1. 1972, n. 8, con la sua disciplina della funzione di indirizzo e coordinamento dell'attività amministrativa delle Regioni a statuto ordinario, in ordine alle linee fondamentali dell'assetto del territorio nazionale. Su questo punto vale ancora la norma di attuazione di cui all'art. 37 del D.P.R. 30. 6. 1951, n. 574, secondo la quale i piani territoriali di coordinamento non eccedenti il territorio della provincia, sono approvati con leggi provinciali. A prescindere da ciò, con le forme e condizioni particolari di autonomia attribuiti in base all'art. 116 della Costituzione e 3 della legge costituzionale 10. 11. 1971, n. 1, alla Provincia di Bolzano è incompatibile l'esercizio della funzione di indirizzo e coordinamento così come prevista dallo art. 17 della legge 16. 5. 1970, n. 281, al di là dei controlli di legittimità e di merito sulle leggi provinciali e del controllo straordinario sugli organi previsti nelle leggi costituzionali che compongono il testo unico del nuovo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige emanato con D.P.R. 31. 8. 1972, n. 670. Vi si aggiunge che in base alla legge provinciale per la tutela del paesaggio (art. 7 della legge 19. 9. 1973, n. 37, che ha sostituito l'articolo 12 della L.P. 25. 7. 1970, n. 16) la costruzione di centrali termo-elettriche deve essere autorizzata dal Presidente della Giunta provinciale su proposta dell'Assessore competente, sentito il parere della seconda Commissione provinciale per la tutela del paesaggio.

Vi si aggiunge, inoltre, che in base alla legge provinciale 4. 6. 1973, n. 12, in particolare agli artt. 1 e 11, il sindaco non può rilasciare la licenza edilizia per qualsiasi stabilimento industriale senza previo

parere favorevole sul progetto degli impianti di abbattimento delle emissioni inquinanti, rilasciato dall'Assessore provinciale competente, o, in caso di ricorso, di decisione favorevole del comitato provinciale.

Vi si aggiunge, infine, che in base alle leggi provinciali 6. 9. 1973, n. 61, art. 10, e n. 63, art. 5, la licenza edilizia non può essere rilasciata da parte del sindaco senza previo parere favorevole dell'Assessore.

In base alle norme di attuazione di cui al D.P.R. 1. 11. 1973, n. 690, l'attribuzione agli organi centrali e periferici dello Stato in merito alla tutela e conservazione del patrimonio storico, artistico e popolare sono esercitate per il rispettivo territorio dalle Province di Trento e Bolzano;

Visto l'art. 98 del nuovo testo dello Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con D.P.R. 31. 8. 1972, n. 670;

Visto l'art. 32 della legge 11 marzo 1953, n. 87;

Ritenuto, stante l'urgenza del caso, di avvalersi della facoltà prevista dall'art. 54, n. 7, del nuovo testo dello Statuto speciale sopra richiamato;

Tutto ciò premesso, la Giunta provinciale, a voti unanimi, espressi nei modi di legge

delibera:

a) di impugnare davanti alla Corte Costituzionale la legge 18. 12. 1973, n. 880 (pubblicata sulla Gazzetta Ufficiale 7. 1. 1974, n. 6), articoli 1, 2, 3, 4, 5 e 6, per violazione degli articoli 8, cifre 3), 5) e 6), e 9, cifre 8) e 10), e dell'art. 16 del nuovo testo dello Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670;

b) di affidare la rappresentanza e la difesa della Provincia autonoma di Bolzano, nel relativo procedimento davanti alla Corte Costituzionale, al Prof. Avv. Aldo Piras e di eleggere domicilio presso quest'ultimo in Roma, via Plinio 7;

c) di autorizzare il Presidente della Giunta provinciale a rilasciare al sunnominato professionista le occorrenti procure e deleghe;

d) di riservare ad altri provvedimenti la corresponsione di un acconto a titolo di fondo spese e la liquidazione delle spese, competenze ed onorari al Prof. Avv. Aldo Piras, nonché delle spese di giudizio;

e) di trasmettere copia della presente deliberazione al Presidente del Consiglio provinciale affinché venga sottoposta per la ratifica al Consiglio stesso nella sua prima seduta successiva ai sensi e per gli effetti dell'art. 54, n. 7, del nuovo testo dello Statuto speciale.



### Die Landesregierung, vorausgeschickt:

Am 7. Januar 1974 ist im Gesetzesanzeiger das Gesetz vom 18. Dezember 1973, Nr. 880: „Lokalisierung der Elektroerzeugungsanlagen“ veröffentlicht worden. Mit diesem Gesetz wird die grundsätzliche Entscheidung über die Lokalisierung neuer Wärmekraftwerke für die Erzeugung von Elektroenergie und über die Lokalisierung und den Bau der Hochspannungsverteilnetze dem interministeriellen Komitee für die Wirtschaftsprogrammierung im Einvernehmen mit der interregionalen beratenden Kommission für die Wirtschaftsprogrammierung im Rahmen der Leitlinien der für das gesamtstaatliche Gebiet geltenden Regelung übertragen, die in einem in den delegierten Dekreten für die Regionen mit Normalstatut von Präsidenten des Ministerrates auf Vorschlag des Ministers für öffentliche Arbeiten festgelegten Vorgang aufgezeigt werden. Das CIPE (interministerielles Komitee für Wirtschaftsprogrammierung) genehmigt Mehrjahres-Bauprogramme mit Angabe der geographischen Standorte, in denen die Lokalisierung der Elektroerzeugungsanlagen für zweckmäßig oder wirtschaftlich erachtet wird. So verfügen die Art. 1 und 2 des Gesetzes ohne jedwelcher Abweichung in bezug auf die Regionen und Provinzen mit Sonderstatut. Nur im Art. 3, wo konkret die Fläche festgesetzt wird, die für Bauten von seiten der Region bestimmt ist, wurde im Einvernehmen mit den interessierten Gemeinden folgender Wortlaut eingefügt: „unbeschadet der Befugnisse der Regionen mit Sonderstatut“. So wie das Gesetz sie vorsieht, können diese Befugnisse höchstens von den Bestimmungen nach Art. 3 abweichen, d.h. mit Bezug auf Art. 3 würden die Regionalgesetze hinsichtlich der endgültigen Wahl des Standortes sowie der von der Gemeinde einzugehenden Verpflichtungen angewandt, während in Ermangelung einer Entscheidung seitens der Region die vom CIPE getroffene Entscheidung aufrecht bleiben würde, ebenso die Zuständigkeiten des Ministers für Industrie und Handel, der Zentralkommission zur Bekämpfung der Luftverunreinigung, ergänzt durch den Präsidenten der interessierten Region, der Minister für öffentlichen Unterricht, für Gesundheitswesen und für Umweltschutz, nach Anhören des Präsidenten der interessierten Region, wie von den Art. 4 und 5 des Gesetzes vorgesehen.

Auf diese Weise wird die autonome Zuständigkeit der autonomen Provinz Bozen auf den Sachgebieten „Schutz und Erhaltung des historischen, künstlerischen und volkskundlichen Vermögens“; „Urbanistik und Bebauungspläne“; „Landschaftsschutz“; „Förderung der Industrie“ und „Hygiene und Gesundheitswesen“ verletzt, so wie diese mit den Durchführungsbestimmungen und mit Landesgesetzen ausgeübt wird.

Auf die autonome Provinz Bozen ist insbesondere der Art. 9 der VO des Staatspräsidenten Nr. 8 vom 15. März 1972 mit seiner Regelung betreffend die Funktion über die Ausrichtung und Koordinierung der Verwaltungstätigkeit der Regionen mit Normalstatut hinsichtlich der für das gesamtstaatliche Gebiet festgelegten Leitlinien nicht anwendbar. Diesbezüglich gilt noch die Durchführungsbestimmung nach Art. 37 der VO des Staatspräsidenten Nr. 574 vom 30. 6. 1951, gemäß welcher die nicht über das Gebiet der Provinz hinausgehenden Landesraumordnungspläne mit Landesgesetzen genehmigt werden. Aufgrund der der Provinz Bozen gemäß Art. 116 der Verfassung und gemäß Art. 3 des Verfassungsgesetzes Nr. 1 vom 10. 11. 1971 eingeräumten Form und Art von Autonomie ist, abgesehen davon, die Ausübung der Funktion hinsichtlich Ausrichtung und Koordinierung, wie sie vom Art. 17 des Gesetzes vom 16. 5. 1970, Nr. 281, vorgesehen ist, unvereinbar, und zwar über die Gesetzmäßigkeitskontrolle und über die meritorische Kontrolle von Landesgesetzen und über die außerordentliche Kontrolle der Organe hinaus, die in den mit VO des Staatspräsidenten vom 31. 8. 1972, Nr. 670, erlassenen Verfassungsgesetzen vorgesehen sind, welche den Einheitstext des neuen Sonderstatutes für die Region Trentino-Südtirol bilden.

Hinzu kommt, daß aufgrund des Landesgesetzes über Landschaftsschutz (Art. 7 des Gesetzes vom 19. 9. 1973, Nr. 37, der Art. 12 des Landesgesetzes vom 25. 7. 1970, Nr. 16, ersetzt) der Bau von Wärmekraftwerken zur Stromerzeugung vom Präsidenten der Landesregierung auf Vorschlag des zuständigen Assessors nach Anhören der 2. Landes-Landschaftsschutzkommission zu genehmigen ist.

Hinzu kommt ferner, daß auf Grund des L.G. vom 4. 6. 1973, Nr. 12, insbesondere nach den Artikeln 1 und 11, der Bürgermeister keine Baugenehmigung für irgendeinen Industriebetrieb ohne vorheriges zustimmendes Gutachten über das Projekt der Abgasebekämpfungsanlagen von seiten des zuständigen Landesrates oder — im Falle eines Rekurses — ohne zustimmenden Entscheid von seiten des Landesbeirates erteilen kann.

Schließlich kommt hinzu, daß aufgrund der Landesgesetze vom 6. 9. 1973, Nr. 61 (Art. 10) und Nr. 63 (Art. 5) die Baugenehmigung vom Bürgermeister ohne vorheriges zustimmendes Gutachten des zuständigen Landesrates nicht erteilt werden kann.

Aufgrund der Durchführungsbestimmungen nach VO des Staatspräsidenten vom 1. 11. 1973, Nr. 690, werden die auf die Zentral- und Außenstellen des Staates übertragenen Zuständigkeiten hinsichtlich des Schutzes und der Erhaltung des historischen, künstlerischen und volkskundlichen Vermögens für

den entsprechenden Gebietsbereich von den Provinzen Trient und Bozen ausgeübt.

Nach Einsichtnahme in den Art. 98 des neuen Sonderautonomiestatutes für die Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit VO des Staatspräsidenten vom 31. 8. 1972, Nr. 670;

nach Einsichtnahme in den Art. 32 des Gesetzes vom 11. 3. 1953, Nr. 87;

in Anbetracht der Notwendigkeit und der Dringlichkeit, von der Möglichkeit nach Art. 54 Z. 7 des obenerwähnten neuen Sonderautonomiestatutes Gebrauch zu machen;

all-dies vorausgeschickt

b e s c h l i e ß t

die Landesregierung mit Stimmeneinhelligkeit:

a) das Gesetz vom 18. 12. 1973, Nr. 880 (veröffentlicht im Gesetzesanzeiger vom 7. 1. 1974, Nr. 6) und zwar die Artikel 1, 2, 3, 4, 5 und 6 wegen Verletzung des Art. 8 Z. 3), 5) und 6) und des Art. 9 Z. 8) und 10), sowie des Art. 16 der neuen Fassung des mit VO des Staatspräsidenten vom 31. 8. 1972, Nr. 670, genehmigten Sonderstatutes für die Region Trentino-Südtirol beim Verfassungsgerichtshof anzufechten;

b) mit der Vertretung und Verteidigung der autonomen Provinz Bozen im entsprechenden Verfahren beim Verfassungsgerichtshof Prof. Avv. Aldo Piras

zu betrauen und den Rechtssitz bei demselben in Rom, Pliniostraße 7, festzulegen;

c) den Landeshauptmann zu ermächtigen, dem obgenannten Rechtsanwalt die notwendigen Vollmachten zu erteilen;

d) mit anderen Maßnahmen die Zahlung eines Vorschusses für Spesen und die Liquidierung der Spesen, der Bezüge und des Honorars an Prof. Avv. Aldo Piras sowie der Verfahrenskosten vorzunehmen;

e) eine Ausfertigung dieses Beschlusses dem Präsidenten des Landtages zuzuleiten, damit der Beschluß dem Landtag in seiner darauffolgenden ersten Sitzung im Sinne und für die Wirkungen des Art. 54 Z. 7 der neuen Fassung des Sonderautonomiestatutes zur Ratifizierung vorgelegt werde.

Wünscht jemand eine Stellungnahme zu diesem Beschluß? Wenn nicht, dann schreiten wir zur Abstimmung. Wer mit diesem Beschluß einverstanden ist, möge die Hand erheben: einstimmig genehmigt.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Der Landtag wird zu gegebener Zeit einberufen werden. Il Consiglio sarà convocato a domicilio. Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 13 UHR